

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 8 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 8/6,
und durch Postpostulare zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
von Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
incl. ins Haus M. 2.92,
wo keine Post am Orte, M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

3. Jahrgang
für die einwöchige Dauer
oder deren Raum 40 Pf.
Kunstwert 40 Pf.
Doppelhefte unter Zug 1 M.
Anzeige für Arbeitsmarkt 15 Pf.
Kunstwert 25 Pf.
Verkehrs-Veranstaltungs-Anzeigen
15 Pf. wöchentlich.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen die Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 60.

Breslau, Donnerstag, den 12. März 1914.

25. Jahrgang.

Polizei und Gendarmen

gegen die rote Woche.

Der Landrat des Kreises Ohlau hat an sämtliche Polizeibehörden seines Machtbereiches eine Verordnung erlassen, die dann von Amtsvorstehern den Gastwirten verschiedener Ortschaften zugestellt wurde:

Ich ersuche Sie um g e h e n d sämtliche Gast- und Schankwirte Ihres Bezirkes davon zu verständigen, daß es nach § 9 des Preussischen Pressegesetzes vom 13. Mai 1851 streng verboten ist, (1) Plakate anzuschlagen, es sei denn, daß sie erlaubte Versammlungen, Kundstaben oder geschäftliche Anpreisungen enthalten. Das Anheften sozialdemokratischer Plakate in der roten Woche vom 8.—15. März haben Sie mit größter Strenge zu verhindern und zu ahnden.

Perzberg, Königlich Landrat.

An sämtliche Polizeibehörden
des Kreises.

Die erste Wirkung dieses Rundschreibens war, daß der Gastwirt Gohl in Märzdorf das seit vielen Jahren bei ihm hängende Plakat des Bauarbeiter-Verbandes herunterriß, das seit Jahrzehnten in tausenden von Lokalen aushängt, ebenso ein Plakatschild für die „Volkswacht“ und den Einladungszettel für eine am 15. März stattfindende Frauenversammlung.

Damit glaubt man nun eine Bewegung abtöten zu können, die gerade in diesen Tagen neue Zeugnisse ihrer Kraft und Lebensfrische ablegt.

O, ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtsam?

Gute Arbeit

lohnt der Erfolg.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ verzeichnet als Teilergebnis aus ihrem Verbreitungsbezirk folgende Erfolge der roten Woche:

Parteimitglieder	Neue Leser	
Chemnitz-Süd	146	120
Chemnitz-Schloß	278	73
Chemnitz-Nord	100	66
Chemnitz-Rappel	148	37
Silbersdorf	61	5
Parthau	120	20
Oberaltchemnitz	54	12
Siegmarsdorf	56	12
Schönau	51	—
Rabenstein	64	17

und so fort aus über 40 Ortschaften. Man sieht, daß sich die Arbeit lohnt in kleinen und großen Orten.

Am erfolgreichsten in der bisherigen Agitation steht immer noch Hamburg-Altona mit 10 000 neuen Mitgliedern da. Doch brachte der erste Sonntag in der roten Woche in Mannheim der Partei auch 800 neue Mitglieder und der Parteipresse 500 neue Abonnenten. Dieser Erfolg ist mittels einer durchgreifenden Hausagitation erzielt worden. Abgeschlossen ist diese noch nicht.

350 neue Leser für die „Volkswacht“, 280 neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Verein, das ist das Ergebnis des ersten Anlaufs der roten Woche im Kreise Waldburg.

In Eilenburg, einem Orte mit 18 000 Einwohnern, wurden durch Hausagitation dem Halleischen „Volksblatt“ rund 200 neue Abonnenten gewonnen.

Allen Feinden zum Trotz, Genossen, werbt unermüdet weiter!

Vom Teilen.

Wenn einmal die Geschichte des sogenannten „Kampfes mit geistigen Waffen“ geschrieben werden wird, den die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie führten, so wird sich dabei herausstellen, daß als ein Hauptstück jenes Waffenarsenals die Behauptung galt, die Sozialdemokratie wolle durch eine große Teilerei die allgemeine Glückseligkeit herbeiführen.

Dies alte Mißverständnis — soweit es sich um ein solches und nicht um eine bewusste Freiführung handelte — war auf die Mißdeutung eines nationalökonomischen Begriffs zurückzuführen, bei jedem volkswirtschaftlich gebildeten geläufig ist.

Weil die Sozialisten aussprachen, daß sie eine andere Güterverteilung wollten, nahm man an, daß nach dem sozialistischen Plan alle Güter auf einen Haufen gelegt und in gleichen Teilen verteilt werden sollen. Die so beschriebenen nicht, daß in jeder Gesellschaftsordnung eine bestimmte Art der Güterverteilung stattfindet, nicht in rohem

mechanischem Sinn einer allgemeinen Aufteilung, wohl aber im Sinn einer organischen Ueberleitung bestimmter Gütermengen an alle einzelnen Mitglieder der Gesellschaft. Und was der Sozialismus anstrebt, war eben auch keine mechanische Güterverteilung, sondern eine Regulierung der schon bestehenden Güterverteilung nach sozialistischen, statt nach kapitalistischen Grundsätzen.

In jenen Zeiten war es ein Hauptargument der Sozialistengegner, daß sich bei der Geringfügigkeit des allgemeinen sogenannten „Nationalvermögens“ im Verhältnis zur Kopfsahl eine allgemeine Teilung überhaupt nicht belohnen, da der auf jede Einzelperson entfallende Teilbetrag viel zu klein sei. Tausendmal wurde die Anekdote vom alten Baron Rothschild erzählt, der von einem „sozialistischen“ Arbeiter angefordert wurde, mit ihm zu teilen, und der daraufhin seinen Widerpart ein Markstück überreichte mit den Worten: „Ich habe vierzig Millionen Mark, Deutschland hat vierzig Millionen Einwohner, also kommt auf jeden eine Mark. Hier ist sie!“ Ueberhaupt war es ein Spott, möglichst geringe Beträge auszurechnen, die bei einer allgemeinen Verteilung des Nationalvermögens auf jeden Einzelnen entfallen würden, und es war schon ein Fortschritt, als der liberale Volkswirtschaftler Alexander Meyer den berühmten „goldenen Kaffeelöffel“ erfand, den er als ideales Eigentum jedem Deutschen zuerkannte.

Diese alten Geschichten werden jetzt wieder in der Erinnerung lebendig, wenn man in einer jüngst erschienenen Schrift von Arnold Steinmann-Bucher eine umwandelte Berechnung liest, nach der das deutsche Volksvermögen zurzeit 376 bis 396 Milliarden Mark betragen soll. Der Berliner Nationalökonom Gustav Schmoller hatte in früheren Jahren den immer schon ganz anständigen Betrag von 200 Milliarden errechnet. Diese Schätzung wurde dann wieder vom Direktor der Deutschen Bank, Dr. Helfferich, überboten, der das gesamte Vermögen des deutschen Volkes auf 331 bis 342 Milliarden angab, während nun Steinmann-Bucher abermals zu einem höheren Betrage kommt.

Nehmen wir einmal an, es wäre mit dem Märchen von der sozialistischen Teilerei Ernst, so können wir heute zu ganz anderen Biffen, als die Gegner von anno dazumal. Denn nach den Angaben von Steinmann-Bucher entfielen auf jeden Kopf der Bevölkerung rund 6000 Mk., auf eine fünfköpfige Familie käme im Durchschnitt ein Vermögen von rund 30.000 Mark. Man sieht, aus dem goldenen Kaffeelöffel Alexander Meyers ist schon eine ordentliche goldene Suppenkelle geworden, und das einfache Teilen würde sich für die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung ausgezeichnet lohnen — wenn es (was die Sozialisten nie behauptet haben) technisch durchführbar wäre. Jeder Deutsche könnte dann ein eigenes Häuschen besitzen und dort mietfrei wohnen, und mit jedem Kinde würden ihm weitere 6000 Mark zuwachsen: ein ausgezeichnetes Mittel, den Geburtenrückgang aufzuhalten!

Was will nun die Sozialdemokratie in Wirklichkeit? Sie will nicht und sie kann nicht das deutsche Volksvermögen in 65 Millionen kleine Anteile zerhacken, wohl aber will sie, daß dieses sogenannte Volksvermögen ein wirkliches Vermögen des ganzen Volkes werde, während es sich jetzt zum größten Teile in den Händen einer kleinen Minderheit befindet. Sie will keine Vermögensverteilung, sondern eine Vermögenssammlung in den Händen der organisierten Allgemeinheit, und sie will an Stelle des heutigen Systems der Güterverteilung, die das Produkt der Arbeit zwischen Arbeiter und Kapital teilt, ein anderes System der Güterverteilung, das den Anteil des nicht arbeitenden Kapitalbesitzers beseitigt und ihn der Masse der Arbeitenden zugute kommen läßt.

An diesem Punkte steht man auf einen anderen Irrtum der Sozialistenbekämpfung, wonach die sozialistische Güterverteilung nur die körperliche Arbeit berücksichtigen will, während angeblich die geistige Arbeit leer ausgehen soll. Dieser Irrtum wird jetzt noch vielfach in antisozialistischen Reden und Schriften gepredigt, aber hoffentlich kommt bald die Zeit, wo auch er so lächerlich geworden sein wird, daß jeder Gegner sich schämen wird, ihn vorzutragen. Denn von Anfang an ist ja gerade der Respekt vor der geistigen Arbeit ein hervorsteckendes Kennzeichen der sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen; der werkschaffende Charakter der geistigen Arbeit ist auch niemals von einem sozialistischen Theoretiker verkannt worden. Dagegen hat sich die sozialistische Lehre freilich desto entschiedener gegen die Unterstellung gewendet, als ob das arbeitslose Kapital Einkommen der Lohn für geleistete geistige Arbeit wäre.

Der Sozialismus will, daß jede Arbeit, die des Strens wie jene der Hand, mit dem Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz belohnt werde. Er will dieses Ziel erreichen durch eine vernünftige Organisation der Gütererzeugung, die eine weitere Steigerung der menschlichen Produktivität ermöglicht, und durch die Beschäftigung der arbeitslosen Bevölkerung, die heute einen nicht unbeträchtlichen Teil des allgemeinen Volkseinkommens verschlingt. Heute kann man nicht mehr sagen, daß alles Vermögen der Besitzenden, in die ungeheure Masse der

Armut geschüttet, nur wirken würde wie der Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen vielmehr mit der Tatsache rechnen, daß sich in diesem Deutschen Reiche, dessen Bevölkerung zum größten Teil vollkommen beschlos ist, ein ganz ungeheurer Reichtum angehäuft hat. Diesen Reichtum, der heute den Wohlgefühlen einer herrschenden Klasse dient, der organisierten Volksmacht zu unterwerfen, und ihn zu einer Quelle der Wohlfahrt für alle zu machen, ist die Aufgabe des Sozialismus.

Politische Uebersicht.

Die deutsch-russische Krise.

Noch immer erfüllt der deutsch-russische Pressekampf die Welt, und noch immer weiß kein Mensch, woher er kommt und wohin er hinaus will. Der Petersburger Korrespondent des „Petit Parisien“ weiß zu melden, daß der russische Botschafter in Berlin vom deutschen Staatssekretär des Auswärtigen verlangt habe, er möge mit einer halbamtlichen Erklärung in der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ den deutschen Pressekreisen gegen Rußland entgegenreten. Die deutsche Regierung habe sich geweigert, diesem Verlangen nachzukommen. Auf der anderen Seite aber habe der deutsche Kaiser in einem Handschreiben an den Zaren dem Wunsch nach einem baldigen Zusammentreffen Ausdruck gegeben. Der Zar habe in seiner Antwort eine Zusammenkunft im Mai in den finnischen Schären vorgeschlagen und zugleich bedauert, daß die deutsche Presse neuerdings einen so feindseligen Ton gegen Rußland anschlage.

Wenn der zweite Teil dieser Nachricht richtig ist, so muß man fragen, ob Wilhelm II. sein Schreiben an den Zaren mit Zustimmung des Reichskanzlers verfaßt und abgesendet hat. Ist dies aber der Fall, dann kann auch an den dunklen Andeutungen von den „Zusammenkünften“, die Rußland an Deutschland stelle, nichts Richtiges sein. Dem unwürdigen Zuerutungen pflegt ein Staat doch nicht damit zu beantworten, daß sein Oberhaupt um eine Audienz beim Gegner ansucht. Dagegen aber wiederum kein aktuelles Versehen, warum das auswärtige Amt nicht längst aus eigener Initiative den Pressekreisen entgegengetreten ist. Zu seiner Entschuldigung könnte es dann nur anführen, daß auch auswärtige Regierungen gegenüber „patriotischen“ Presseheken die gleiche Duldsamkeit zeigen.

Zu blindem Vertrauen gegenüber der russischen Politik liegt wirklich kein Anlaß vor. Aber wenn man Anlagen gegen sie erhebt, so muß man sie auch näher substanzieren. Bis jetzt haben wir nichts anderes erfahren, als daß Rußland seine militärischen Streitkräfte verstärkt. Aber damit tut es nur, was die übrigen Staaten, Deutschland voran, gleichfalls tun. Außerdem steht Rußland in der auswärtigen Politik nicht allein, es wird keinen Krieg beginnen, der nicht von Frankreich und England gewünscht wird: an kriegerische Absichten der Westmächte zu glauben, liegt aber nicht der allergeringste Anlaß vor. So kommt es, daß in Frankreich der deutsche Pressekampf als weiter nichts denn als ein unbegründeter Ausbruch chauvinistischer Stimmungen aufgefaßt und in diesem Sinne zu Zwecken der nationalistischen Propaganda mißbraucht wird. Die Chauvinisten und Rückschrittler aller Vaterländer arbeiten wieder einmal einander in die Hände.

Die bedürftigen Junker.

In der „Post“ hat ein Beamter, der fünf Kinder sein eigen nennt, sein Dasein geschildert. Süßigkeiten für die Kinder gibt es nur zu Weihnachten, es wird kein Sport getrieben, keine Reise gemacht, kein Theater besucht. Der „Vorwärts“, der sich mit diesem Beamtenbrief satirisch beschäftigte, sprach von einem „knäpfligen Dalles“. Nun aber fährt die „Kreuzzeitung“ auf ihn los:

Diese Berichterstattung kennzeichnet besser als manches andere die ganze Oberflächlichkeit und Plattheit des sozialdemokratischen Materialismus. Ein Leben ohne Theater, Sport, Reisen ist kein Leben mehr, sondern nur noch ein „Kumpfsinniges Dahinvegetieren“. Wer sich nicht amüsiert, führt kein Leben, das noch lebenswert ist. Wie furchtbar leer und öde muß es in Menschen aussehen, die sich zu solchen Anschauungen bekennen.

Da sich die Junker nicht zu den Anschauungen des „Vorwärts“ bekennen und keine sozialdemokratischen Materialisten sind, werden sie wohl auf Theater, Sport, Reisen und sonstige Annehmlichkeiten des Lebens kein besonderes Gewicht legen. Sie fühlen sich glücklich und gesund auch ohne das, sie singen bei dem Wasserflug, als wäre es der beste Wein. Es besteht danach kein Grund, die Getreidejölle und alle sonstigen Einrichtungen aufrechtzuerhalten, durch die den Junkern auf allgemeine Volkskosten die Mittel zu Sport, Reisen, Theaterbesuch und anderen Vergnügungen gewährt werden. Sie lassen die sozialdemokratischen Arbeiter prassen und ziehen sich zu einem Leben genügsamer Zufriedenheit auf ihre Klitschen zurück. So, so sind sie nun einmal — man hat es bloß bisher noch nicht bemerkt!

Die Aussichten des Holzmarktes und der Holzgewerbe.

Gegenwärtig befindet sich die Mehrzahl der deutschen Holzmärkte noch im Stadium der Ruhe und Zurückhaltung. Das ist ja auch kaum anders möglich. Auf dem Wasserwege hat die Zufuhr von den russischen Märkten noch nicht eingeseht, und außerdem dürften letztere diesmal wohl nicht dasselbe Quantum zum Export bringen wie in den früheren Jahren, da neben anderen Gründen das strenge Frostwetter das Schlagen in den russischen Wäldern in nur mäßigem Umfange zuließ. Auf der anderen Seite sind aber auch die Absatzmöglichkeiten vorläufig noch ziemlich eng begrenzt. Die Mühlstein, namentlich die ostdeutschen, sind mit Material mehr als reichlich eingebekkt, und die Flöße in dem on sich schon wenig rentablen Mühlengeschäft hat zu Zusammenbrüchen in bedeutender Firmen geführt. Die Nachfrage nach geschichtenen Hölzern, besonders nach Bauholz, hält sich immer noch auf recht niedrigem Niveau. Die Bautätigkeit hat wohl an einzelnen Plätzen einen Aufschwung genommen, jedoch kann im Augenblick von einer völligen Neubelebung des Baugewerbes nicht gut die Rede sein. Immerhin bestehen begründete Erwartungen auf eine allmähliche Aufwärtsbewegung in der bezeichneten Richtung. Davon würden natürlich die Bauhilfsleistungen, die fast durchweg ungenügend beschäftigt sind, ebenfalls profitieren. Der Beschäftigungsgrad in der Möbelherstellung läßt gegenwärtig noch viel zu wünschen übrig. Eine bessere Beschäftigung weisen nur diejenigen Betriebe auf, die irgend ein Spezialgebiet bilden, während sich die Nachfrage nach Durchschnitteleigen, billigeren Möbeln in noch engem Rahmen hält. Allerdings wird wohl auch hier die Konjunktur mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung sich bald in aufsteigender Linie bewegen. Für die Klavier- und Pianofabrikanten bestehen auch weiterhin recht günstige Aussichten. Das gleiche gilt auch für die Beschäftigung der West- und Waggonfabriken. Ob sich die Automobilindustrie so bald aus dem Stadium der Depression erholen dürfte, läßt sich schwer beantworten. Man darf jedoch annehmen, daß die Herstellung von Geschäftswagen auf größeren Absatz rechnen kann, als die übrigen Zweige der Automobilfabrikation. Das Grubenholzgeschäft liegt vorläufig in den westdeutschen Bezirken sehr darnieder. Obwohl die Lagerbestände an Grubenhölzern bei allen Zeichen nichts weniger als ausreichend genannt werden können, verhalten sich dennoch die Verwaltungen den Grubenholzofferten gegenüber sehr abwartend. Die ungeklärten Verhältnisse des Eisenmarktes haben naturgemäß den Kohlen- und Holzmarkt ungünstig beeinflusst und in weiterer Folge den Bedarf an Grubenhölzern erheblich eingeschränkt. Selbstverständlich hat sich auch das Preisniveau für Grubenholz merkliche Reduzierungen gefallen lassen müssen. Günstiger sind die Aussichten für die schlesischen Märkte, weil der obereschlesische Bergbau unter der anhaltend starken Beschäftigung auch weiterhin noch kräftigen Bedarf an Grubenhölzern bekunden dürfte. Im Handel mit ausländischen Bau- und Nutzholzern ist in nächster Zeit kaum eine Veränderung zu erwarten.

Der Kampf um die Sonntagruhe.

Die Sonntagruhekommision des Reichstags wurde am Dienstag von den bürgerlichen Kompromißparteiern wieder mit neuen Verschlechterungsanträgen überhäuft. Die zehn Ausnahmefälle, die man gelegentlich festlegen will, sollen jetzt auch für einzelne Geschäftszweige verchieden bewilligt werden können, für Badeorte, Kurorte und Plätze mit starkem Touristenverkehr soll der Handel an jedem Sonntag für „Erinnerungsgegenstände und geringwertige Gebrauchsgüter“ ganz bis abends 7 Uhr (1) freigegeben werden. Das letztere ist eine freisinnige Zugabe; der Urheber derselben scheute sich aber so sehr, das heiße Gien anzudeuten, daß er sich selbst gar nicht an der Begründung und Debatte beteiligte, sondern den Zentrumsmittelständlern Dr. Pöhl und Steinbl es überließ, für die neuen Verschlechterungsanträge zu wirken. Bezeichnend war

auch in dieser Sitzung, daß lediglich Sozialdemokraten, die Wonnoschen Cohen, Reuber, Wühne und R. Schmidt gegen den Antrag der übertriebenen Ausnahmefälle eintraten, allerdings durchaus unterstützt von den zwei Eingängern der bürgerlichen Parteien, den Abg. Graf Wosadowitz und Marquart, zum Teil sogar von dem Vertreter der Reichsregierung, der wiederholt von einer zu starken Durchlöcherung der Sonntagruhe warnen mußte, während der bayerische Regierungsvertreter durchaus die katholische Sonntagruhefeindlichkeit gutheißt. Insbesondere wies der Abg. R. Schmidt nach, daß in vielen Fällen unter solchen Bestimmungen ganze sieben Sonntage für die Handelsangelegenheiten frei bleiben. Um die große Bedeutung der Ausnahmefälle zu verhalten und ihre Zahl möglichst herunterzubringen, stellen die Sozialdemokraten schließlich zu ihrem Hauptantrag, nur einen Sonntag vor Weihnachten freizugeben den Eventualantrag, die Sonntage wenigstens auf zwei vor Weihnachten und zwei im sonstigen Jahre, also auf vier statt der zehn der Kompromißpartei im ganzen zu beschränken. Die Abstimmung ergab jedoch mit den Stimmen des Gros der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abg. Graf Wosadowitz, Marquart und Burckhardt die Annahme der bürgerlichen Verschlechterungsanträge, zum Teil allerdings nur mit einer Stimme Mehrheit.

Alkoholvergiftung durch konservativen Wahlschnaps.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstags sah am Mittwoch die Prüfung des im Wahlkreis Labiau-Wehlau gewählten konservativen Obersten A. D. von Massow fort. Letzterer wurde in der Stichwahl gegen den sozialistischen Bürgermeister Wagner gewählt. Die Mehrheit betrug rund 40 Stimmen. Gegen die Wahl liegt ein umfangreicher Protest vor, der eine Anklage der von den Konservativen in Ostpreußen beliebten unlauteren Wahlmittel aufzählt. Neben Einschüchterung der Wähler durch Androhung von allerhand Nachteilen und Eingriffen von Amtspersonen in die Wahlagitatorn ausnutzen des konservativen Kandidaten spielen die Stimmenkauf und Verteilung von Schnaps eine erhebliche Rolle. Unter anderem wird angeführt, daß ein Gutbesitzer seinen Knecht derartig schlug, daß er mehrere Tage bettlägerig war. Grund: er erwies ihm beim Besen eines liberalen Flugblattes. „Du darfst doch einen Wäch überhaut nicht lesen, Du hast konservativ zu wählen“, lautete die Belehrung, die dem Geschlagenen dabei zuteil wurde. In einem Falle wird die Kronenhausverwaltung als Zeuge dafür benannt, daß Wähler wegen Alkoholvergiftung, die sie sich durch den konservativen Wahlschnaps zugezogen hatte, ins Krankenhaus eingeliefert worden sind. So ließen sich noch dutzendfach typische Beispiele dafür anführen, wie in Ostpreußen konservative Wahlen gemacht werden. Die Prüfung der Wahl wird nächste Woche fortgesetzt.

Ein bestraffter Steuermogler.

Aus Bayreuth wird der „Berl. Volksztg.“ berichtet: Der hiesige Gärtnereibesitzer Joh. Jak. Popp stand schon seit längerer Zeit bei der Steuerbehörde im Verdacht, daß er sein Vermögen viel zu niedrig angebe. Eine Hausdurchsuchung hatte das überraschende Ergebnis, daß Popp, der nur ein Einkommen von circa 3000 Mark versteuerte, ein rentables Kapitalvermögen von über 300000 Mark besaß. Das Landgericht Bayreuth verurteilte ihn wegen Steuerhinterziehung zu 10270 Mark Geldstrafe. Popp beteuerte wiederholt, daß er den beim Wehrbeitrag gewährten Generalpardon zur Angabe seines tatsächlichen Einkommens benutzt haben würde, wenn er nicht durch die bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung überführt worden wäre.

Der Zwist zwischen Ärzten und Krankenkassen. Die Vertreter der Ärzte und Kassenverbände trafen am Mittwoch bei den Verhandlungen im Reichsamt des Innern als Ausführungsbestimmungen zu Nr. 11 des Berliner Abkommens nähere Vereinbarungen über die Berechnung der Abführung der Kassen- und Arztbeiträge zur Deckung der Ausgaben an Kosten. Als Stelle, an die die Beiträge von den Kassen abgeführt werden sollen, wurde die königlich Preussische Seehandlung in Berlin bestimmt. Tann fand eine ausgedehnte Besprechung über die kassenärztlichen Verhältnisse an einigen Orten statt, wo juristisch noch auswärtige Ärzte tätig sind, z. B. Breslau. Es wurde beschlossene, umgehend erneut darauf hinzuwirken, daß auch in diesen Orten das Berliner Abkommen zur Geltung kommt. Die Vertreter der Kassenverbände erklärten, in diesem Sinne nachdrücklich weiter tätig sein zu wollen.

Belämpfung der roten Woche mit Hilfe der Schulkinde. In Hamburg liegt der dortige Verband zur Belämpfung der Sozialdemokratie am Sonntag ein Flugblatt verbreiten, das zu einer schwarz-weiß-roten Woche zugunsten der selben Streikbrechervereine auffordert. Es hat sich wohl kein erwachsener Mensch dazu gefunden, der sich zur Verbreitung dieses albernen Wisches

berbeileh, denn in allen Stadteilen wurden nur Kinder bei der Verbreitung angetroffen. Unsere Genossen, die gerade die Hausagitation zur Einleitung der roten Woche vorzunehmen stellen, daß die Kinder von ihren Auftragsgebern zum Lügen überlistet werden. Denn alle Kinder, die die Kinder über ihren Namen und Wohnung machten, stellten sich als un- wach heraus. Der Inhalt der Flugblätter beschränkt sich in der Hauptsache auf den alten Schrot und Boln von dem „Mittwoch“ der Sozialdemokratie, gegen den die sozialdemokratische Verteilung aus Verzweiflung die rote Woche veranstaltet habe. Unsere Hamburg-Altonaer Genossen haben diesen Rückgangs- schwindel des generischen Flugblattes auf das Trefflichste dadurch illustriert, daß sie bereits am Sonntag ca. 10000 Parteimitglieder geworden haben.

Demonstration für den Statthalter gegen die Militär- wirtschaft. Für den Statthalter Grafen Wedel und seine Gemahlin wird dem Vernehmen nach in Stralsburg eine große Kundgebung vorbereitet. Die Abschiedsgrüße des Reichslandes sollen dem Statthalterpaar in einem glänzenden Fackelzug dargebracht werden, wobei eine kunstvoll ausgeführte Widmung überreicht werden wird. Bis jetzt sollen sich 200 Vereine mit mehr als 80000 Mitgliedern der Kundgebung angeschlossen haben. Die Teilnahme am Fackelzug haben 200 Vereine aus Stralsburg und Umgebung mit mehr als 12000 Mitgliedern in Aussicht gestellt.

Neue Schupfönergemeinschaft. Am Mittwoch waren in Berlin unter Vorsitz des Generaldirektors Ballin die Vertreter der industriellen Verbände zusammen, um die Begründung einer Organisation für die Förderung der deutschen Welthandelsinteressen weiter zu beraten. Einem endgültigen Beschluß scheinen noch starke Interessengegenstände hinderlich zu sein.

Gegen das antikatolische Zentrum. Scharfe Angriffe gegen den Reichsausschuß der Zentrumspartei richtet die katholische Ständeordnung in Koblenz. Da der bekannte Aufruf des Ausschusses der Zentrumspartei, so schreibt sie sarkastisch, das Zentrum als nicht konfessionelle Partei erklärt habe, so muß man es für einig als läge bezeichnen, daß der Katholizismus seine logische Heiligkeit bisher nicht gezeigt habe. Dann heißt es: „Das antikatolische Zentrum ist schuld, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise von Orgie zu Orgie schreiten konnte, daß das Proletariat in die Elendestiefen verwickelt wurde. Das Zentrum ist zum ausschlaggebenden Helfer des Kapitalismus und des modernen Staates geworden. Das Zentrum erklärt sich als nichtkatholische Partei und bereitet damit den Katholizismus von einer nicht zu tragenden moralischen Verantwortung.“

Trotz aller mittelalterlichen Gesellschaftsideale der Ständeordnung hat sie sich einen Scharsbild für die Schäden des Kapitalismus und für die zweifelhafte Rolle des Zentrums bewahrt.

Die deutschen Streitkräfte in Ostpreußen. Ein offizielles Telegramm der „Königlichen Ztg.“ bestätigt die Meldung von der Zurückziehung des deutschen Marinebataillons aus Danau. Es wird aber hinzugefügt, das Bataillon werde, ebenso wie später neuwerbende lokale Detachements, nicht in die Heimat zurückgezogen, sondern nach Singtau verlegt, wo die Truppen auf absehbare Zeit nicht entbehrlich sind.

Ausland.

Zu den spanischen Wahlen.

Am vergangenen Sonntag fanden in Spanien die sogenannten Wahlen zur Cortes statt. Sie haben auf spanisch die klangvolle Bezeichnung „lecciones a diputados a Cortes“. Mit dieser klangvollen Bezeichnung ist eigentlich das Gute an ihnen erschöpft.

Gewiß, auf dem Papiere hat das spanische Volk das allgemeine Wahlrecht. Jeder 25jährige Spanier hat das Recht, zu wählen und gewählt zu werden. Auf 50.000 Einwohner soll ein Abgeordneter kommen, jedoch die Cortes aus 404 Abgeordneten bestehen. Man sollte glauben, ein solches Wahlrecht müsse notwendigerweise eine freihetliche Entwicklung und Gestaltung des Landes gewährleisten. Und doch ist dem nicht so. Nach wie vor herrscht in Spanien die Paarung von Lamm und Tiger: die katholisch-militaristische Oligarchie. Land und Bewohner werden dauernd in einem Zustand wirtschaftlicher und politischer Bedeutungslosigkeit erhalten und in Unterdrückung und Gleichgültigkeit dazu. Daran werden auch die Wahlen vor diesem Jahre nichts ändern. Denn trotzdem Spanien dieses allgemeine Wahlrecht seit dem Jahre 1890 hat, werden doch immer die meisten Abgeordneten nicht gewählt, sondern ernannt. Eigentliche Wahlen finden nur in Madrid, Bilbao, Barcelona, Valencia, in den meisten Bezirken der Provinz Catalonien, in einigen der Provinz Asturien und in einigen der baskischen Provinzen statt. Früher war es die Regierung, die die Stimmen der Wähler einfach kaufte. Als dieses System der Korruption nicht mehr durchführbar war, gab der konservativ-meritale Ministerpräsident Maura das verächtliche Geheiß, wonach die Regierung in den Wahlkreisen, wo nur ein Kandidat aufgestellt ist, diesen Kandidaten einfach als gewählt betrachtet, ohne daß die Wähler auch nur zur Abstimmung schreiten. Für die diesmaligen Wahlen

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

116) (Nachdruck verboten.)
Der Vater würde mich scheitern, wenn er hörte, daß ich ein Unglück nehme, worauf er stolz zu sein behauptet. Und doch, wer weiß, wie es in seinem Herzen aussieht, wie er es in seinem Herzen trägt und — ertragen wird!
Sie unterbrach mich mit einem tiefen Atemzuge die wehmütige Regung, welche in ihrem Herzen aufwallte, und fuhr, Reinhold einen Stuhl anbietend und selbst auf dem Sofa Platz nehmend, in ruhigerer Tone fort:
Der Vater ist im Abonnement, vor dem er stand, übergegangen. Sie wissen, was das heißt; er ist eben hin, sein Abschiedsgesuch persönlich dem Minister vorzutragen.
„Gott sei Dank!“ rief Reinhold; „ein Offizier von dieser lautersten Bestimmung, von diesen hohen Verdiensten um das Vaterland — ist es möglich!“
„Sie sah da, strahlen, brennenden Auges vor sich niederhinkend; ein bitteres Schicksal zuckte um die fetten Lippen, während sie ein paar Mal langsam mit dem Kopfe nickte. Reinhold sah, wie sinnlos die Fassung war, mit der sie ihm entgegengetreten, wie tief sie die Stimmung schwärzte, die ihrem Vater widerfahren war.
„Und was denken Sie müssen“, sagte er mit dumpfer Stimme, „daß ich selbst dazu beigetragen, diese Katastrophe herbeizuführen!“ — „Ihr Herr Vater hat mir wiederholt angedeutet, mit welchen Schwierigkeiten er überdies zu kämpfen habe, wie präzis, wie erschütternd seine Stellung sei, und daß vielleicht ein wenigstens genüge, sie unheilbar zu machen.“
„Sie schüttelte den Kopf. — „Nein, nein“, sagte sie, „das ist es nicht. Der Vater war entschlossen, seinen Abschied zu nehmen, sobald die unglückliche Konzeption gegen seinen Willen durchgeführt. Aber, daß man nicht so lange gekarrt hat, ihm nicht einmal die wenigen Stunden gelassen hat, seinen Entschluß auszuführen, das ist es, was ihn empört, und woran, möchte ich sein Schicksal sehr bedauern.“
„Aus den Worten klangen können die Töne über die tiefen Wangen; Reinholds Herz war von Liebe und Teilnahme zum Überfließen voll; in ihm rief es: „Inwiefern: eines, eines geliebtes Mädchen! aber ausprechen durfte er es ja nicht.“
„Sie hatte sich mit dem Luch die Lippen getrauert. Sie blickten auch nicht so früh herein wieder“, sagte sie mit einem Versuch, zu lächeln. — Der Vater hat seine Pflicht ge-

tan, Sie haben Ihre Pflicht getan. Ist dies Bewußtsein nicht der beste, der einzige Trost in Leben, wie diese, die wir annehmen müssen, wir mögen wollen oder nicht?“
„Gewiß“, sagte Reinhold, „und doch wie traurig klingt das aus solchem Munde!“
„Weil ich ein Mädchen bin“, sagte Else. — „Ich meine, daß gerade wir Mädchen, die wir so wenig für uns selbst tun dürfen, die wir den Verhältnissen oft so machtlos gegenüberstehen, nicht früh genug uns mit diesem Gedanken vertraut machen können. Was wäre schon in diesen Tagen aus mir geworden, wenn ich es nicht getan hätte; wenn ich nicht wenigstens, so viel an mir ist, versucht hätte, es zu tun! Und nun gar heute! heute, wo ich auch noch von dem Vater über Ottonar —“
Reinhold blickte erschrocken auf; Else hatte ihre Augen geöffnet, ein flammendes Rot war ihr in die Wangen geschossen; sie fuhr langsam leise fort:
„Wo ich alles erfahren habe!“
„Konnte Ihnen nicht wenigstens das erspart werden?“ sagte Reinhold nach einer dumpfen Pause.
„Ich glaube, nein“, sagte Else, wieder aufblickend. — „Ich glaube, daß der Vater einem richtigen Gefühle folgte, als er heute morgen, wo er mit mir, wie mit einem Freunde — ach! ich bin ihm sehr dankbar dafür und bin so stolz darauf! — seine Tage, unsere Tage — alles durchsprach, mit auch das vertraute. Ja, ich kann mich von dem Gedanken nicht losmachen; es wäre besser gewesen, und es würde besser sein — um uns alle, hätte ich es, wenn nicht von Anfang an, doch wenigstens an jenem schrecklichen Morgen irgendwie erfahren. Was da hinterher und herüber geschah und befehlen — alle die verworrenen Fäden — sie konnten, war es überhaupt noch möglich, wohl nur von einer Frauenhand geschickt zu werden. Was gäbe ich um die unersehlichen Minuten, die da verloren gingen! Ach, ich weiß, er würde die Worte gesund haben, die zu Ottonars Herzen, zu dem Herzen Ihrer Cousine gesprochen hätten! Die arme Erbarmung! Was muß sie geküßt haben! Was muß sie geliebt! Und auch mein armer Ottonar! Er ist wahrlich so schuldlos nicht, als er vielleicht selbst Ihnen scheint. Sie können nichts dafür, daß Sie ihn nicht besser kennen gelernt haben, daß mein inniger Wunsch: Sie möchten recht vertraute Freunde werden, nicht in Erfüllung gegangen ist. Wir wissen ja jetzt, weshalb er Sie geliebt, wie freudig auch seine besten Freunde: Schönan und die anderen — selbst mich — uns alle. Und so hat er sich in seiner Herzensinnigkeit so weit, so hilflos weit verirrt! Und doch, ich kenne ihn aus

früheren, besseren Tagen: wie weich, wie liebebedürftig und liebevoll sein Herz, wie es für das Schöne und auch für das Gute empfänglich ist, wenn er auch wohl nie die Kraft gehabt hat, es in sich reifen zu lassen, ihm allein zu leben über, wie schwer mag es auch sein in dem Leben, das ihn umgibt, an dem er doch teilnehmen muß, an dem ich doch selbst in meiner Weise teilgenommen und mich glücklich gefühlt habe — in all diesen Vorurteilen des Standes, der gesellschaftlichen Rücksichten, die wir gar nicht mehr als solche empfinden, weil wir in ihnen groß geworden sind, und von denen sich wohl keiner von uns ohne schmerzlichen Kampf losringt. Und wenn er in diesem Kampfe unterlegen, so haben die wunderlichen Verhältnisse unserer Familie gewiß auch dazu beigetragen; und nun zuletzt die Zurückweisung, die er in der Person unseres Vaters erfahren, den er — ich weiß es — in seinem innersten Herzen auch tiefste verehrt — ach! ich will es ja nicht verteidigen, daß er da, lebensfähig und heftig, wie er ist, aus dem Hause fürte — wir wußten ja nicht, keiner von uns, was er vorhatte! — und als Carlos Verlobter zurückkam; aber verdammten, ganz verdammten kann man ihn doch nicht.“
Sie blickte, die Hände gefaltet, so angstvoll in Reinholds Gesicht; ein bitteres Gefühl wollte sich in ihm regen. Wenn sie so lebhaft bereit für die eigenmächtige Lage sprach, in welcher sich ihr Bruder befunden hatte in dem Augenblicke der Entscheidung, war diese Lage nicht auch die ihre? Würde sie in dem letzten Augenblicke nicht ebenso für sich sprechen? Ebenso für sich entscheiden? oder war dies alles schon für sie gesprochen? hatte sie sich entschieden? sollte er ihre Entscheidung zwischen ihren Worten herausfinden? Er sagte:
„Ich entscheide mich schon, jemand zu verdammten — in dem Menschenherzen sind so viele Tiefen, in die kein Senfblättlein hinabreicht — und so habe ich auch Ihren Bruder nie verdammten. Im Gegenteil, ich habe um seine Willen, und — ich darf es nicht leugnen — um Ihre Willen.“
Seine Stimme hefte, aber er raffte sich mit gewaltiger Anstrengung auf und fuhr gelassener fort: „alles getan, was ein Bruder in solchen Momenten für den Bruder tun würde. Ich habe selbst die Freundschaft, die Liebe meines Onkels, der mir sehr teuer ist, aufs Spiel gesetzt, und ich fürchte, verloren. Das es vergebens gewesen, daß ich geschehen lassen mußte, wo von ich voraussetzte, daß es für die Rücksichtseligen ein tödlicher Schlag sein würde, der auf uns alle ohne Ausnahme mehr oder weniger zurückfällt — ich weiß nicht, ob ich Ihnen zu sagen brauche, wie schwer ich daran getragen habe und — trage.“

(Fortsetzung folgt.)

kommen allein 93 Wahlkreise in Betracht, deren Abgeordnete die Regierung ernannt. Das ist fast ein Drittel der ganzen Cortes. Unter diesen ernannten Abgeordneten befinden sich natürlich die Söhne, Vettern, Freunde und Gondlanger aller in hervorragender Stellung befindlicher Personen. Diese Clique steht stets auf Seiten der Regierung, denn sie steht und fällt mit ihr. Die letzte Ursache dieser traurigen Erscheinung im politischen Leben Spaniens ist die systematisch betriebene Verdummung, die der spanische Klerus am Volke mit Unterstützung der Regierung betreiben kann. Dieser Klerus hält die breiten Massen des Volkes in einer tiefen Gleichgültigkeit gegenüber allen Erörterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens. Er richtet das Augenmerk des Volkes auf das „bessere Jenseits“, was ihn — den Klerus — keineswegs hindert, das Volk durch seine Klöster- und Kirchenfabriken in der schamlosesten Weise auszubeuten.

Dennoch ist für das spanische Proletariat kein Grund zur Verzweiflung. Auch Spanien konnte sich der ökonomischen Entwicklung nicht entziehen. Das spanische Proletariat, das wie überall das Gros und den Kern des Volkes darstellt, ist aufgerollt worden, zuerst in den größeren Industriebezirken, von da erstreckt sich die Aufregung weiter. Durch die ökonomische Entwicklung des Landes gelangen die spanischen Arbeiter zuerst zur gewerkschaftlichen Organisation, und da es eine Zeit der schüttersten politischen Unterdrückung gab, fasste sich die ganze proletarische Bewegung in den wirtschaftlichen Organisationen zusammen. Es kam sogar die Anschauung auf, daß nur durch die wirtschaftlichen Organisationen der proletarische Bekämpfungskampf geführt werden könne. Doch die spanischen Arbeiter mußten einsehen, daß ihre wirtschaftliche Aktion den zölibatären Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung unterliege, wenn es ihnen nicht gelänge, politischen Einfluß zu gewinnen. So erwacht aus dem Proletariat dem gesamtspanischen Volke gewisse Maßnahmen der Erretter aus dem politischen Kampfe. Mit dem Eintreten der spanischen Arbeiterpartei in den Wahlkampf muß notwendigerweise das ganze politische Leben erstarren; das Volk aus seiner Gleichgültigkeit auch von den Wegen des spanischen Sozialismus, aufgerollt werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß der spanische Wahlkampf und seine Ergebnisse betrachtet werden. Je mehr die spanische Gewerkschaftsbewegung die Erkenntnis ihrer politischen Minderwertigkeit und ihrer Abhängigkeit von der spanischen Regierung erlangt, desto eher geht Spanien einem politischen Umsturz entgegen, der die schändliche Herrschaft der Aristokratie und des Klerus beseitigt. Die Wahlen in Spanien sind Etappen auf diesem Wege; die Zahl der sozialistischen Stimmen die Millionenste, die anzeigen, wie weit das spanische Proletariat auf der Bahn gekommen ist, die zur politischen und damit zur wirtschaftlichen Befreiung des spanischen Volkes führt.

Das Ergebnis der bulgarischen Wahlen. Aus Sofia wird berichtet: Nachdem einige von den neuwählten Abgeordneten sich der Regierung angeschlossen haben, verkündet die Regierung nunmehr in der neuen Sobranje über 140 Stimmen, nämlich über eine Majorität, daß sie alle Vorlagen durchbringt und an einen Rücktritt nicht zu denken braucht.

Austritt von 350 Offizieren aus dem Landesdienst. Der Austritt von 350 Offizieren aus dem Landesdienst ist ein Ereignis, das in allen Gesellschaftskreisen ungeheures Aufsehen erregt. Der Austritt der Offiziere erfolgt im Zusammenhang mit den jüngsten Ehrenaffären zwischen verschiedenen Mitgliedern des Offiziersstandes und ungarischen Politikern im Anschluß an den zwischen dem Grafen Gabriel Bay und dem Offizier der Parlamentärwache entstandenen Ehrenhandel.

Er mordung eines norwegischen Missionars in China. 400 bis 500 Räuber drangen durch Verrat in die norwegische Missionstation Laohofow ein, plünderten sie und steckten sie in Brand. Der Missionar Fropland wurde getötet, der Missionar Sama schwer verletzt. Die Räuber erbeuteten eine Menge Munition, Gewehre und verschiedene Geschütze.

Die Lage in Mexiko. Der New-Yorker „World“ wird gemeldet es seien 25 000 Rebellen bei einem Sturmangriff auf Mazatlan in eine Falle gegangen und vollkommen aufgerieben worden. Die Hoffnung, den Weg nach der Stadt Mexiko frei zu legen, sei damit unrichtig gemacht worden.

In Paris ist eine Meibung eingetroffen, wonach die Bundesstruppen das Kanonenboot der Australischen „Tampico“ im Hafen von Topolo blockiert haben. Ferner haben sie im Hafeneingang das alte Kanonenboot „Democrito“ versenkt.

Neue Kämpfe in Abyssinien. Die „Agenzia Steffani“ meldet: In der Provinz Tigre sind erneut die alten Feindheiten um die Vorherrschaft zwischen den Häuptern in der Provinz Tigre ausbrochen. Die Häupter waren nach Abis Ababa berufen worden, um der Krönung Sidik Jeassus beizuwohnen und sich wegen der schweren Unschuldigung zu verantworten, welche einer gegen den andern gerichtet hatte. Da aber jedes Stammesoberhaupt fürchtete, kein Land auf Gnade und Ungnade den andern zu überlassen, so brach die Fehde aus. Im ersten Kampfe schlug Debschas Gabre Selassie von Abis den Ras Sebati von Adrigat, der in der Schlacht getötet wurde. Im zweiten Kampfe wurde Debschas Gabre Selassie von Debschas Siu von Makale geschlagen. Die Regierung in Abis Ababa beauftragte den Ras Sebati von Amara, sich nach Tigre zu begeben, aber das er die Oberhoheit ausübt, und die Ordnung wiederherzustellen.

Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe Breslaus

ist zurzeit immer noch erschreckend groß. Um so bedauerlicher und verwerflicher ist es deshalb, wenn von den hiesigen Baugesellschaften oder deren Politeren immer mehr auswärtige Bauarbeiter herangezogen werden. Nicht aber um sie dauernd zu beschäftigen, sondern zum Teil nur, um das Arbeiterangebot zu vergrößern. In letzter Zeit sind im Verbandsbureau des Bauarbeiter-Verbandes tagtäglich Meldungen und Beschwerden auswärtiger Kollegen darüber eingegangen, daß sie sogar schriftlich aufgefordert wurden, auf einer Baustelle in Arbeit zu treten, dann aber nach ganz kurzer Zeit, in drei, vier oder fünf Tagen, bereits wieder entlassen wurden. Die Organisation kann in solchen Fällen nicht helfen. Wer sich also vor Schaden bewahren und das Meer der Breslauer arbeitslosen Bauarbeiter nicht vergrößern will, der möge die Breslauer im Februar betrug die Zahl der hiesigen arbeitslosen organisierten Bauarbeiter noch insgesamt 1848, wovon 516 Kollegen während des ganzen Monats, 286 Kollegen 13 bis 18 Tage, 264 Kollegen 7 bis 12 Tage, 282 Kollegen bis zu 6 Tagen, insgesamt an 21 116 Tagen, ohne Verdienst waren; am 27. Februar meldeten sich noch 633 Kollegen arbeitslos. Ein Beweis, daß die Hoffnung auf Besserung der Baubaukonjunktur zurzeit noch recht trügerische sind. Wir warnen deshalb nochmals alle auswärtigen Kollegen in ihrem eigenen Interesse vor Zugang nach Breslau.

Die Frauen beschäftigt werden.

Die Zustände bei der Firma Bilek haben folgende Beschwerde an die Gewerbeinspektion veranlaßt: Breslau, den 3. März 1914.

An die Königlich Gewerbeinspektion Breslau-West hier.

Einer Anzahl Gewerbeinspektion gestattet sich der Unterzeichnete folgende Uebelstände zu unterbreiten.

In dem Betriebe von Gebr. Bilek, Berlinerstraße 21, welcher alte aufgekaupte Sade ausbessert läßt, um sie wieder anderweitig zu verkaufen, werden zur Zeit 10 und mehr Mädchen und Frauen beschäftigt, die infolge der außerordentlich schlechten sanitären Einrichtungen gesundheitlich schwer zu leiden haben. So werden in diesem Betriebe die Speisen in den mit Staub der alten Sade angefüllten Arbeitsräumen eingeatmet, Waschrichtungen fehlen ganz, Handtücher werden alle 2 Wochen einmal gewechselt, Ventilationen in den Arbeitsräumen sind nicht vorhanden, so daß man die Näherinnen vor Staub teilweise nicht erkennen kann. Dies trifft ganz besonders in den Räumen zu, wo genäht wird. Klosetanlagen sind äußerst mangelhaft und ungenügend.

Arbeitsordnung gibt es nicht im Betriebe, Strafen werden bis zu 2 Mark abgezogen, ohne daß den Arbeiterinnen irgend bekannt wird, was mit dem Gelde passiert.

Diese geradezu menschenunwürdigen Zustände konnte ein Teil der Näherinnen nicht mehr ertragen, und haben, da die Firma keinerlei Verbesserungen im Betriebe verspricht, denselben verlassen. Ich bitte deshalb im Auftrage der Näherinnen recht bald eine Revision dieses Betriebes vorzunehmen, damit die Gefahr für Leben und Gesundheit der Angestellten beseitigt wird.

Ergebnis

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Breslau, J. M. Paul Senf, Margaretenstraße 17, II.

Eine sehr stimmungsvolle Versammlung hielten die auswertigen Arbeiter am Mittwoch vormittag im Saale des Gewerkschaftshauses ab. Die Anwesenden bildeten eine sehr leistungsfähige Smaergewerkschaft und eröffneten die Versammlung mit einem Freiheitslied. Danach nahm der Vorstand, Kollege Dietrich, das Wort zu seinem Vortrage über: „Ist der Kampf der Arbeiter um ihr Recht ein Klassenkampf?“ Das sehr belehrende und eindrucksvolle Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, in der bisherigen Gelassenheit und Geschlossenheit den uns aufzuzwingenden Kampf weiter zu führen. Den Schluß bildete ein mit Begeisterung aufgenommenes Lied der wackeren Sängers.

Deutsches Reich und Ausland.

Unternehmerterror. Ein drastischer Fall von Unternehmerterrorismus gegen militärische Arbeiter ereignete sich in Wlka in Sachsen. Dort streikten seit fünf Monaten die Holzarbeiter der Möbelfabrik von Krebs. Mehrere Arbeiter haben darauf verzichtet, wieder bei Krebs in Arbeit zu treten. Jüngst fand einer auf einem Bergwerk Beschäftigung. Nachdem er drei Stunden gearbeitet hatte, erklärte man ihm: „Wir sind mit Ihnen zwar sehr zufrieden und möchten Sie gern behalten, aber Herr Krebs hat uns aufgefordert, Sie sofort zu entlassen. Gehen Sie zu Krebs und sehen Sie, ob er seine Aufforderung zurücknimmt und dann können Sie sofort weiterarbeiten.“ Als der Arbeiter zu Krebs kam, sagte ihm dieser: „Und wenn Sie auf die Knie fallen, tue ich Ihnen den Willen nicht.“ Ich werde überhaupt dafür sorgen, daß keiner von Ihnen in Arbeit kommt, so lange der Streik bei mir dauert.“

Schneiderstreik in Burg bei Magdeburg. Sämtliche Schneidergeschichten haben die Arbeit niedergelegt. Veranlassung dazu gab die Weigerung der Jüwarsinnung, in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag einzutreten. Die Meister bemühen sich, Erleichterungen heranzuziehen. Bisher hatten sie damit allerdings keinen Erfolg.

Die Vertreter des Verbandes der Straßenbahn- und Omnibusbediensteten in Frankreich haben beschlossen, den feinerzeit von dem Kongreß grundsätzlich angenommenen 24 stündigen Ausstand auszugeben, nachdem ihnen der Ministerpräsident versprochen hat, im Senat für den von der Kammer genehmigten Pensionentwurf einzutreten. Der Verbandsausschuß wurde jedoch beauftragt, den für einen 24 stündigen Generalausstand geeigneten Augenblick festzulegen, falls das Versprechen nicht erfüllt würde.

Parteiangelegenheiten.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Am Freitag gelangt in Reichstags die Querschnittsfraktion des Zentrums zur Verhandlung. Die Fraktion bestimmte als Redner hierzu die Genossen Haase und Wendel.

Zu der Abänderung der Gewerbeordnung, betr. den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaften und der Konfektionierung des Kinosines sprechen die Genossen Erwald, Davidsohn und Schulz Grunz. Zur kleinen Per Selius, dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, sprechen die Genossen Dr. Erdmann und Heine.

Das durchgehende Rot. Die Strafkammer in Wochun hatte unlängst zwei Genossen aus Stodum freigesprochen, weil die rote Schleiße des von ihnen anlässlich einer Verurteilung getragenen Kranzes mit einem schwarzen Schleier umhüllt war. Auf die Berufung des Staatsanwalts hob das Oberlandesgericht Hamm das Urteil auf und wies die Sache an die Strafkammer zurück. Es sei zu prüfen, ob die Schleiße durch den schwarzen Schleier durchgesehen habe. Die Strafkammer trat in die Prüfung der Frage ein. Ein Gerichtsdienerr mußte den Kranz in einer Ecke des Saales hochhalten — dabei stellte es sich heraus, daß das Rot durchleuchtete. Die Strafkammer kam nunmehr zur Verurteilung zu 15 Mark Geldstrafe und hält damit die Vollzeitsstrafe aufrecht.

Schlesien und Posen.

Strehlen, 12. März. Schwere Unfälle an der Starkstromleitung der Ueberlandzentrale. Als am Montagabend ein Fabrikarbeiter aus Nipperdorf von der Gefährdung aus Strehlen heimkehrte, kam er plötzlich auf den unglücklichen Gedanken, einen am Anschwinger Wege stehenden eisernen Mast der Ueberlandzentrale zu erklettern. Oben erfasste er die Leitungsdrahte und blieb an denselben hängen. Ginzukommende betreten mit eigener Lebensgefahr den Waghalligen aus seiner schlimmen Lage. Hierbei riss ein Leitungsdraht und hing auf den Erdboden herab. Um weiteres Unheil zu verhüten wurde der Maschinist Knaupe als Wächter hingestellt und der Fabrikarbeiter in seine Wohnung geschafft. Knaupe wollte nun anscheinend den Draht etwas beiseite ziehen, er fasste denselben mit einer Hand, die er mit dem Taschenmesser umwickelt hatte, an, wurde durch den elektrischen Strom aber sofort getötet. Sie von einer Gemeindebevollmächtigten Kommendanten Wächter, welche die Unfallstelle besichtigen wollten, fanden Knaupe tot auf dem Boden liegend. Der Verstorbenen hinterläßt seine Frau mit mehreren unvollkommenen Kindern. Auch der Fabrikarbeiter trägt hoffnungslos darnieder. Die traurigen Fälle mögen allen als Warnung dienen.

Sagan, 12. März. Gemeindevahlerfolg. Am Dienstag fanden in Mittel-Sagan die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Unsere Kandidaten, die Genossen Gustav Hoffmann, Schmidt und Hausbisher, und August Seidler, Rentorgehilfe, siegten mit 137 Stimmen in der dritten Klasse über die beiden kirgerlichen Kandidaten, die nur drei Stimmen erhielten.

Glogau, 12. März. Das Großfeuer in Salsch. Ueber den vorhergehenden Brand im Dorfe Salsch, Kreis Glogau, der Dienstag kurz nach Mittag ausbrach und in wenigen Stunden großes Unheil anrichtete, mehrere Familien um ihr Hab und Gut brachte und obdachlos machte, geht dem „Niederschles. Anz.“ noch folgender Bericht zu:

Unser Miller Ort wurde am Dienstag von einer gewaltigen Feuerbrunst heimgesucht, wie sie im Kreise Glogau schon seit Menschenedenen nicht zu verzeichnen gewesen ist. In dem Hause des Stellenbesizers Friedemann im westlichen Teile der Ortschaft brach in dem Laden des Warenhändlers Johann gegen 1 Uhr mittags plötzlich Feuer aus, angeblich in Folge einer Explosion eines Stubenofens. Ehe man das Feuer im Entstehen unterdrücken konnte, hatte es an den Laden des Johann aufgestapelten Warenvorräten so reichliche Nahrung gefunden, daß schon nach wenigen Minuten das ganze Haus, Fachwerk mit Stroh bedeckt, in hellen Flammen stand. Ehe genügend Löschhilfe am Platze war, hatte das entseelte Element auch das Stallgebäude des Friedemanns ergriffen. Ein dort untergebrachtes Pferd konnte nicht mehr gerettet werden, es lag in den Flammen um. Bei dem Veruche, das Tier aus dem Stalle zu entfernen, erlitt die Frau des Friedemanns noch erhebliche Brandwunden. Von der Brandstelle trug der Westwind das Flugfeuer bald über das Dorf hin, sodas im ganzen 18 Besitzungen mit 21 Gebäuden eingeschert wurden. Sieben Familien sind obdachlos. Die Bewohner hatten kaum Zeit, das Viehvolk ihrer Habe in Sicherheit zu bringen, so schnell und vernichtend wüthete das Feuer. Gegen 3 Uhr nachmittags stand noch der übrige Teil von Salsch und das Dorf Mitzung in Gefahr. Da kam den Löschmannschaften plötzlich Hilfe: Eine gegen 6 Uhr letzte Strömen der Heeren ein und brach bald die Wut des Feuers. Die Wehren selbst konnten etwa gegen 7 Uhr abends heimfahren.

Der Brandtag bietet ein tröstliches Bild. Vor verschiedenen Gehöften sieht man nur noch halbzerfallene Mauern stehen. Die meisten der Beschädigten sind versichert, doch trifft auch einige von ihnen noch bedeutender Schaden, da große Vorräte von Futter und Stroh und eine ganze Anzahl von landwirtschaftlichen Maschinen vernichtet wurden.

Dankbar wurde anerkannt, daß sich die Löschmannschaften aus den Nachbarorten, vor allem die Salschabteilung des Pionierbataillons und die der Glogauer Feuerwehr so viel Mühe um die Bekämpfung des Brandes gaben. Die Glogauer Feuerwehr rückte auf Wunsch der Kreisverwaltung aus, trotzdem die Brandstelle außerhalb ihrer Zone liegt. Naturgemäß trägt der Kreis die Unkosten. Die Landspitze sowie das Salschkommando der Pioniere wurden im Gegenzug bis zum Bahnhof Linderei befördert, von wo aus man sich schleunigst zur Brandstelle begab. Die Heimfahrt wurde mit dem letzten Zuge von Linderei ab (Ankunft Glogau 9.29 Uhr) angetreten.

Deis, 12. März. Eine Submissionsblüte. Hier wurden am Dienstag die Offerten für die Bauarbeiten für fünf Häuser des dortigen Bauernwohnungsvereins geöffnet. Die Beteiligung dieser und auswärts der Architekten war sehr lebhaft. Zum Staunen war das Ergebnis der Ausschreibung: Der Höchstfordernde verlangte 130 000 Mk., der Mindestfordernde 65 000 Mk., der Unterstbiet betrug also nur 55 000 Mark, der natürlich auf Kosten der Arbeiter geht.

Waldenburg, 12. März. Ein heftiges Frühlingsgewitter ging am Dienstag Abend über das Waldenburger Bergland nieder. In Wittgenborn, jenseits des Hochwaldes, wo schon am Sonnabend ein schweres Gewitter mit Hagelschlag niederging, entlud sich das Gewitter besonders heftig. In Sargau schlug ein kalter Schlag in das Haus des Kaufmanns Bernhard ein und zerstörte einen Teil des Daches und des Brandgiebels. In Nieder-Salzbrenn schlug ein Blitzstrahl in einen bei der Endstation stehenden Motorwagen der elektrischen Straßenbahn, sodas die Sicherung durchbrannte. In Friedland und Witzke trat das Gewitter unter starken Regengüssen recht heftig auf. In Schweinitz und Umgegend tobte das Gewitter bis spät in die Nacht hinein.

Kannewitz, 12. März. Die Tragödie eines Kreutzers. Der im vergangenen Herbst eingezogene Heut Krutzmer aus Kannewitz, D., hatte sich beim Militär drei Finger ab, um sich dadurch seiner Dienstpflicht zu entziehen. Nachdem K. im Lazareth ausgeheilt worden war, mußte er sich vor dem Kriegsgericht verantworten. Hier wurde durch Sachverständige festgestellt: daß K. die Verkrümmelung in einem Anfall von nicht normaler Geistesverfassung getan hat. Das Urteil lautete demnach auf Freisprechung. Wahrscheinlich hat K. am Sonnabend die Stadt Posen verlassen, um sich zu seinen Eltern nach Kannewitz, D., zu begeben. Schwere seelische Zerrüttung trieb ihn nun dazu, den höchsten Mast der Ueberlandzentrale zu erklettern mit der Absicht, sich zu töten. Vom Strom getroffen ist er nur betäubt worden, und dann von dem zwölf Meter hohen Mast so unglücklich herabgestürzt, daß er sich schwere innerliche Verletzungen zugezogen hat, die seinen Tod herbeiführten. Schauerlich muß der Todeskampf des 21-jährigen, kräftig gebauten, hübschen Menschen gewesen sein; zerstampfte, blutgetränkte Erde zeugen davon. Stiefel, Rod und alle überflüssige Kleider hatte er abgelegt, die am Morgen von Arbeitern aufgefunden wurden. Aus den Papierten gingen die Personalien des Toten hervor.

Posen, 12. März. Schauriger Fund. Bei hiesigen Aenderungen, die in den Kellerräumen des Grundstücks Wittoriastraße 18 vorgenommen werden, entdeckten Arbeiter unter dem Fußboden das kopflose Skelett einer erwachsenen Person. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß der Fund mit einem vor längerer Zeit begangenen Verbrechen zusammenhängt.



Das Rennen um der Hausfrau Preis
Gewinnfreudig übergeben

Der Gewinner von 12...
Gewinnfreudig übergeben

Alle Gewerkschaftsmitglieder

als Leser der „Volkswacht“, des einzigen Blattes der kämpfenden Arbeiter zu werden und

alle „Volkswacht“-Leser

für die Parteiorganisation zu gewinnen, das ist unsere Aufgabe in der ganzen Woche und besonders

am nächsten Sonntag.

Ich will euch ein einfaches und leichtes Mittel angeben, unsere Zahl in kürzester Frist noch zu verdreifachen: Jeder einzelne von euch muß es sich zum Gesetze machen, in jeder Woche, was ihm nicht schwer werden kann, mindestens ein bis zwei Mitglieder dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu gewinnen und jede Woche für eine verlorene halten, in welcher er sich dieser Pflicht nicht entledigt hat —

Sagt schon Ferdinand Lassalle!

Genossen! Beherzigt diese Wortel

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. März.

Die „politische“ Jugend-Versammlung.

Wie die wirtschaftliche und politische Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei, so wird auch die freie Jugendbewegung von ihrem ersten Auftreten an mit allen Mitteln verfolgt. Das Strafgesetzbuch bietet ja genug Paragraphen, um sie den Staatsanwältin und Richtern zu überantworten, und was noch fehlte, um ihr Steine in den Weg zu legen, das besorgt das „liberale“ Vereinsgesetz. Es sagt klipp und klar, Jugendlige unter 18 Jahren dürfen keinem politischen Verein angehören und politische Versammlungen nicht besuchen. Doch was sind diese verächtlich schon gefährlichen Schlingen des Vereinsgesetzes gegen die täglichen Verfolgungen, unter denen die freie Jugendbewegung zu leiden hat? Auf die Auslegung kommt es im Leben an. Und die geht dahin, der Arbeiterjugend in jedem Falle mit Argwohn zu begegnen. Da heißt es, sie ist stets politisch, mag sie tun und treiben, was sie will. Unsere Jugend mag zu Spiel und Sport zusammenkommen, zu Wanderungen und Gesang, zu lehrreichen Vorträgen oder zum Turnen, das ist gleichgültig. Immer lautet die Rede unserer Gegner und Feinde: Das ist alles ganz gleich. Ihr versammelt eure heranwachsenden Söhne und Töchter doch nur zu dem Zwecke, sie im Geiste des Sozialismus zu erziehen, damit sie später einmal Sozialdemokraten werden. Diese Auffassung scheint uns auch aus einem Urteil hervorzuleuchten, das am Mittwoch die Breslauer dritte Strafkammer gegen den Angeklagten Peter in Berlin, gefällt hat. Das Gericht erkannte gegen ihn auf 50 Mark Geldstrafe, weil er in einer „politischen“ Jugendversammlung am 22. November 1913 die unter 18 Jahre alten Besucher, entgegen der Anordnung des überwachenden Beamten, zum Bleiben und damit zu einer strafbaren Handlung nach § 111 des Str.-G.-B. aufgefordert haben soll.

Für Sonnabend, den 22. November 1913 war ins Gewerkschaftshaus eine Jugend-Versammlung einberufen und Genosse Peters in Berlin als Redner bestellt worden. Es waren erfreulicherweise viel Jugendliche zur Stelle; aber auch die Polizei, sie fehlte nicht, obwohl gar keine öffentliche politische Versammlung abgehalten werden sollte. Genosse Peters hatte kaum mit seinem Vortrage über die wahren und falschen Freunde der arbeitenden Jugend begonnen, da erhob sich der überwachende Polizeikommissar, setzte den Helm auf und forderte alle Anwesenden unter 18 Jahren auf, den Saal zu verlassen, denn die Versammlung sei öffentlich und politisch. Jedoch jedoch eruchte die Ausgewiesenen, im Saale zu bleiben. Der Kommissarius habe zu seinem Vorgehen kein zureichendes Recht. Die Versammlung sei als unpolitisch anzusehen und er (Peters) beschuldige auch gar nicht, eine politische Rede zu halten. Die Versammlung verließ dann in voller Ruhe; der Polizeikommissar überwachte sie weiter und ein Schutzmann nahm einen großen Teil der Rede stenografisch auf.

Das Stenogramm des Schutzmanns benutzte dann die Staatsanwaltschaft als Grundlage einer Anklage gegen Genossen Peters wegen Vergehen gegen § 110 des Str.-G.-B., der jeden öffentlichen Anordnungen der Obrigkeit gegenüber. Es kann in diesem Falle auf eine Geldstrafe bis zu 600 Mark oder auf Gefängnis bis zu zwei Jahren erkannt werden. Die Beweisaufnahme jagt sich sehr in die Länge, weil der Hauptinhalt des Vortrages verlesen wurde. Als Genosse Peters das Gericht den überwachenden Polizeikommissar Rede, den Schutzmann Scholz und den Redakteur Genossen Dionisi, der in der Jugend-Versammlung gewesen ist. Die Vorgänge bei der Versammlungseröffnung wurden von allen Seiten im wesentlichen übereinstimmend geschildert. Aus dem Stenogramm ging hervor, daß Genosse Peters über die Entziehung der freien Jugendbewegung, den mangelhaften gesetzlichen Jugendschutz, die Jugendpflege und die Feinde der freien proletarischen Jugendbewegung gesprochen hat. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, sich dieser Bewegung anzuschließen und sie nach Kräften zu fördern.

Staatsanwalt Daub, der die Anklage verteidigt, mußte selbst zugeben, daß ein Vergehen nach § 110 des Str.-G.-B.

nicht vorliegt; in den Worten von Peters sei jedoch eine Aufforderung zum Begehen einer strafbaren Handlung nach § 111 enthalten, denn er habe die Jugendlichen unter 18 Jahren aufgefordert, in einer politischen Versammlung zu verweilen, obwohl sie dazu nach § 17 des Vereinsgesetzes nicht berechtigt waren. Der Angeklagte behaupte, er habe politische Angelegenheiten nicht erörtert, doch der ganze Inhalt der Rede, besonders der über den Arbeiterschutz und die militärische Erziehung im Pragerdeutschlandbunde trage entscheidenden politischen Charakter. Es mag sein, daß die Arbeiter-Jugendbewegung zuerst nicht von der Sozialdemokratie ausgegangen sei; heute wäre sie aber ganz von dieser Partei ins Schlepptau genommen, um später Anhänger für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Der Angeklagte habe gewußt, daß es sich um eine politische Versammlung handle. Eine Geldstrafe von 100 Mark sei deshalb angemessen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Sekne aus Berlin beantragte in einer sehr ausführlichen Rede, den Angeklagten freizusprechen. Es liege nicht nur kein Vergehen nach § 110 vor, auch eine strafbare Aufforderung im Sinne des § 111 sei nicht gegeben. Die Rede soll politisch gewesen sein, weil sie darauf abzielt, die jungen Leute später für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Das ist für die vorliegende Hauptfrage ganz gleichgültig. Was eine politische Angelegenheit ist, das ist Sache für sich; darüber liegt eine reichhaltige Rechtsprechung vor. Danach ist eine Versammlung nur dann politisch, wenn sich ihre Erörterungen unmittelbar auf politische Angelegenheiten beziehen. Bei der Frage, ob dies der Fall ist, kommt es nicht darauf an, daß ein Gegenstand unter gewissen Umständen in die Interessen des Staates übergeht; es kommt vielmehr darauf an, ob der Gegenstand als solcher unmittelbar die staatliche Organisation, seine Gesetzgebung und Verwaltung berührt, seine Organe in Bewegung setzt. Ein politischer Ver. in kann auch der Verein sein, der mittelbar einwirkt, eine politische Rede ist nur eine solche Rede, die es unmittelbar mit dem Staate und seiner Beeinflussung zu tun hat. So ist auch ein akademischer Vortrag über politische Dinge niemals ein politischer Vortrag; er ist es nur dann, wenn er unmittelbar einwirken will auf die Gesetzgebung und Verwaltung. Der politische Charakter der Rede des Angeklagten kann nicht daraus geschlossen werden, daß sie letzten Endes beabsichtigte, die jungen Leute von den anderen Jugendbewegungen fernzuhalten und sie zu Sozialdemokraten zu machen. Ein solcher Zweck würde die Rede nicht zu einer politischen hinstellen. Es kann darüber noch den vorliegenden reichhaltigen Entscheidungen gar kein Zweifel bestehen. Nun ist an einer Stelle des Vortrages von Gewerkschaftsbeamten die Rede und davon, daß die heutigen Strafen gegen die Unternehmer nicht ausreichen. Auch das ist durchaus nichts politisches. Darüber ist die Rechtsprechung einig; wenn in einem Vortrage die Politik nebenher gestreift wird, so ist dadurch der Vortrag nicht in seinen ganzen politischen Charakter. Das Reichsgericht hat mit Recht betont, es muß die Absicht der Gesetzgebung in Bewegung gesetzt werden; nur dann ist von Politik zu sprechen.

Der § 17 des Vereinsgesetzes ist also in der Versammlung auch nicht verletzt worden; die Jugendlichen durften an ihr teilnehmen, und der Angeklagte war berechtigt, die Jugendlichen zum Verbleibe aufzufordern. Er hatte demnach auch nicht das Bewußtsein, sie zu einer strafbaren Handlung aufzufordern. Die Ansicht des überwachenden Beamten und der Polizei macht die Versammlung nicht politisch und der Kommissarius hatte nicht das Recht, die jungen Leute zum Verlassen des Saales aufzufordern. Es ist auch nicht zu sagen, der Angeklagte hat geglaubt, eine unpolitische Rede zu halten, aber die Behörde ist anderer Meinung. Darum brauchte sich der Angeklagte nicht zu kümmern. Der Staatsanwalt schließt ferner über das zufällige Strafmaß hinaus. Nach § 57 des Str.-G.-B. und 17 des Vereinsgesetzes beträgt die Höchststrafe nur 75 Mark, nicht 150 Mark.

Der Staatsanwalt gibt zu, daß er sich im Strafmaß geirrt hat und beantragt, auf 75 Mark Geldstrafe zu erkennen. Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Selzer zog sich dann zur Beratung zurück, die 1 1/2 Stunden dauerte. Das Urteil lautet auf 50 Mark Geldstrafe. Man sei zu einer Verurteilung nach § 111 gekommen. Die Versammlung und der Vortrag seien politisch im Sinne des Gesetzes und der Angeklagte wäre sich dessen bewußt gewesen, daß die Aufforderung an die jungen Leute zum Verbleiben in der Versammlung strafbar sei. Die Sache liege jedoch mit, weshalb 50 Mark Geldstrafe genüge.

Eine nähere Begründung des Urteils gab der Vorsitzende nicht. Nun, sie wird zweifellos in der schriftlichen Ausfertigung des Urteils enthalten sein. Inzwischen wird Genosse Peters Rechtsitten einlegen und später hat das Reichsgericht nachzuprüfen, ob dieses Urteil der Breslauer dritten Strafkammer aufrecht zu erhalten ist. Die Ausführungen des Verteidigers sind jedenfalls so zwingend und überzeugend, daß eine Freisprechung geradezu selbstverständlich erscheint. Wir möchten noch hinzufügen, daß die freie Jugendbewegung durch solche Urteile nicht geschädigt werden kann. Sie gewinnt mehr als je an Boden, und der Wiewenfelß unserer Genossen in allen Orten wird sicherlich dafür sorgen, daß auch die Arbeiter-Jugend nicht zu kurz kommt.

* **Belästigungen auf der Gräbichener Straßenbahn.** Wir werden um Aufnahme folgender Beschreibung ersucht: „Zu einer argen Belästigung des fahrenden Publikums hat sich das Kontrollierystem auf den Wagen der Breslauer Straßenbahn ausgebildet. Man ist kaum in einen Wagen gestiegen, hat sein Billet gelöst und sich in seine Zeitung oder ein Buch vertieft, da erscheint zum ersten Male der Kontrolleur mit seinem lieblichen „Fahrcheine bittäh!“ und das wiederholt sich, wenn man umsteigen muß und gerade Glück hat, auf einer einzigen Fahrt zwei bis dreimal. Es ist gerade, als ob auf der Gräbichener Bahn nur Spighuben verfrachtet würden, die jeden Augenblick durch einen Kontrolleur überreicht werden müssen und ob man den Schaffnern alleamt mit dem größten Mißtrauen gegenüberstände. Besonders ein Vergleich mit den städtischen Linien, wo diese Kontrolle in so maßvoller und dezentere Weise ausgeübt wird und man tagelang fahren kann, ohne auf einen Kontrolleur zu stoßen, nötigt solchen Vergleich auf. Die vier Herren (oder sind es ihrer noch mehr?), die tagaus tagen in den Gräbichener Wagen herumflanzieren, belästigen überdies noch die Fahrer, die ununterbrochen Ausschau halten, ob nicht ein Vorgesetzter naht, vor dem sie fortwährend Donner machen müssen. Könnte diese Angelegenheit nicht bei der Veratung des Straßenbahnetats zur Sprache gebracht werden? Es sind doch auch Breslauer Bürger, die die Bahn benutzen müssen und sie läßt auf den Straßen, die der Stadt gehören. Schließlich erhebt das überflüssige Kontrolleurkorps später auch den Anspruch, von der Stadt mit der Bahn in gehobenen Stellen übernommen zu werden. Das fehlt gerade noch, auch noch für überflüssige Dinge Kosten bewilligen.“

Vor dem Stadtparlament werden sich diese Beschwerden jetzt noch nicht verhandeln lassen, der einzelne Fahrgast muß sich dadurch schämen, daß er die Bahn nur dann benutzt, wenn er unter solchen Umständen eine städtische Linie zur Verfügung hat.

Die Ausschlußwahl der kaufmännischen Ortskrankenkasse

am 27. Februar, die vor allem eine starke Beteiligung der Mitglieder zeigte, hat nach der Auszählung am Mittwoch folgendes Ergebnis gehabt:

Arbeitsgeber: Liste I (Freie Gewerkschaften): 82, Liste II (bisch. Vorstand): 820, Liste III (Freie Arbeiter): 840 Stimmen. Liste I erhält somit 4 und Liste II 18 Ausschlußmitglieder. Liste III fällt aus infolge unrichtiger Wohnungsangabe der Kandidaten.

Rassenmitglieder: Liste I (Freie Gewerkschaften): 3522, Liste II (Christl.-kathol. Gewerkschaften): 886, Liste III (Handlungsgehilfen-Verein Frauenwohl): 559 Stimmen. Darnach erhalten Liste I: 25, Liste II: 9, Liste III: 6 Mitglieder. — Ferner wurden 63 ungültige Stimmen abgegeben.

Nach diesem erfreulichen Wahlergebnis haben die freien Gewerkschaften und damit der alte Vorstand im Ausschuß und im neuen Vorstande die übergroße Mehrheit. Die ganze Hege gegen die „sozialdemokratische“ Liste hat sich also selbst gestraft.

Neue Verhandlungen mit den Ärzten

werden für Breslau angekündigt. Die Rassenvertreter sollen Freitag zusammenkommen, um über einen Friedensschluß mit den alten Ärzten zu beraten.

Zur Ausschlußwahl der „Einigkeit“

wird uns geschrieben: Wie wir bereits kurz mitteilen, haben die freien Gewerkschaften auch bei den Ausschlußwahlen zur Ortskrankenkasse „Einigkeit“ einen sehr erfreulichen Erfolg erzielt. Dieser ist deshalb besonders hoch zu bewerten, weil wir in dieser Klasse bisher nicht den geringsten Einfluß hatten und auch die darin versicherten Mitglieder nur zu einem verschwindenden Teile den Gewerkschaften angehören. Merkwürdig ist, daß die von den freien Gewerkschaften aufgestellte Vorschlagsliste die Nummer 1 erhielt, obwohl sie erst am letzten Tage der zulässigen Frist eingereicht wurde. Wir erlauben uns deshalb die Frage an den Vorstand zu richten: „Sind die beiden anderen Listen wirklich rechtzeitig eingereicht worden, daß sie als gültig mit zur Wahl gestellt werden durften?“ Sollte aber hier, was wir vorläufig noch nicht annehmen, gegen die Bestimmungen der Wahlordnung verstoßen worden sein, so wäre der Ausfall dieser Wahl doppelt zu beklagen, weil nun endlich auch die Vertreter anderer Sache im Vorstand ein Wortchen mitzureden haben. Geradezu kläglich haben die Wähler der Liste 2 abgestimmt. Obwohl für sie in den Betrieben von den Direktoren usw. auf allerhöchste gearbeitet worden ist und Anforderungen wie: „Nun, ich befehle Dir!“, sich auch hier, wenn auch nicht so deutlich, ergingen, konnten sie nur 177 Stimmen auf sich vereinen und erhalten demnach 7 Vertreter. Aber auch der hauptsächlich in Frage kommende christliche Arbeiterverein der Heimarbeiterinnen, der mit dem gesamten christlich-nationalen Ausschuß die Liste 3 aufgestellt hatte, darf mit seinem Erfolg nicht prahlen. Auch diese Leute haben sich jedenfalls mehr als 8 Vertreter eingebildet und nicht erwartet, daß unsere Liste 1 mit 243 Stimmen und 9 Vertretern am meisten erreichen wird.

Wenn wir auch mit unserem Erfolg vorläufig zufrieden sein können, wollen wir doch nicht ruhen, nun auch weiter zum Wohle der Versicherten zu wirken. Die erste Versuche ist auch in dieser Klasse geschlagen. Sorgen wir dafür, daß sie bald von der Wildschäpe verdrängt und einer größeren leistungsfähigeren Klasse angegliedert wird. Dieser Schritt, wenn er getan wird, kann nur zum Segen der Versicherten ausfallen.

* **Vorzugsbilletts zur „Kinokönigin“** und zwar für die Auslieferung am Freitag abend, den 13. März, sind im Zimmer 35 des Gemeindefesthauses zu haben. Preis 1.20 Mk., 1 Mk. und 80 Pfennig.

* **Herr Bujatowski, der Empfindliche.** Wegen Verleitung des Stadts. Bujatowski wurden am Dienstag der Redakteur Genosse Franz von der Waldenburger „Vergewacht“ zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Die „Vergewacht“ hatte eine Besprechung der „Volkswacht“ über Bujatowskys Eingreifen in den Verzeittrel abgedruckt, und deshalb war der Empfindliche zum Kahl gelaufen. Ein Mann, dessen eigener Ton so beschaffen ist, daß die gesamte Breslauer Presse dagegen Einspruch erhebt, der von seinen eigenen Parteifreunden erst kürzlich wieder wegen der Form seiner Reden abgeschüttelt wurde, der sich von den Magistratsbänken aus bescheitigen lassen mußte, daß er z. B. die Jahrsunterfeier gerade zu „vermießen“ und „verekeln“ versuchte, — solch ein Mann sollte wegen formeller Anglieder lieber nicht den Schutz des Gerichts anrufen. Der Spieß könnte einmal umgedreht werden.

* **Zur bevorstehenden Stadtschulratswahl.** Unter den 18 Bewerbern, die sich um die Stelle des zweiten Stadtschulrats in Breslau beworben hatten, sind die Herren Stadtschulrat Bedemann in Liegnitz und Fachschuldirektor Dr. Zimmer aus Düsseldorf zur engen Wahl gestellt worden. Im Wahlschluß der Stadtverordnetenversammlung wurde schließlich Herr Zimmer mit einer kleinen Mehrheit zum Kandidaten vorgeschlagen.

* **Son der allgemeinen Ortskrankenkasse.** Der Vorstand schreibt uns: „Infolge vielfacher Anfragen teilen wir mit, daß die Einziehung der Januar- und Februar- Beiträge für die Allgemeine Ortskrankenkasse noch im Laufe des Monats März erfolgt. Die Einziehung geschieht kostenlos. Durch die viele Arbeit zum Jahresanfang bei Einführung der R. V. D. war eine frühere Einziehung nicht möglich.“

* **Realabteilung am Elisabeth-Gymnasium.** Auf Antrag des Magistrats hat einst die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, am Elisabeth- und Magdalenen-Gymnasium je eine realgymnastische Abteilung einzurichten. Das Kultusministerium und das Provinzialschulkollegium stimmen der Realabteilung für das Elisabeth-Gymnasium von Ostern 1914 an zu; für das Magdalenen-Gymnasium wird sie zurzeit abgelehnt, weil hier die nötigen Unterrichtsräume nicht rechtzeitig beschafft werden können.

* **Am städtischen Redaktionsbüro** auf der Breitestraße ist, wie man uns schreibt, keine Bedürfnisanstalt vorhanden, was von den vielen Personen, Männern und Frauen, die sich dort täglich aufhalten, als schmerzlicher Mißstand empfunden wird. Abhilfe wäre dringend am Platze.

* **Der nächste Topfmarsch** ist vom 23. bis 26. März wie üblich auf dem Neumarkt.

* **Lebermarsch.** Am 25. März wird im Konzerthause der nächste Lebermarsch abgehalten. **Verloren** wurde am Dienstag Abend auf dem Wege von der Brichstraße bis zur Dordstraße, Ecke Augustastr. ein Müllschlauch der Krankenkasse des Schuhmachers, ein Verbandmittel der Schuhmacher und ein Müllschlauch. Alles lautet auf den Namen **Georg Meißner**. Der Finder wird gebeten, die Sachen bei Meißner, Reichstr. 3, abzugeben.

Deutscher Reichstag.

233. Sitzung, Mittwoch, den 11. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Solf.
Der Etat für das Schutzgebiet Togo wird behaltend bewilligt.

Etat für Neu-Guinea.

Abg. Dr. Arendt (Npt.): Wir haben gestern beim Etat für das Kolonialamt 500 000 Mk. zu verarbeiten für die Erschließung von Petroleum in Neu-Guinea bewilligt. In der dritten Lesung werde ich beantragen, diese Summe zu streichen. Derartige riesante Geschäfte soll man dem Privatkapital überlassen. Es ist auch recht merkwürdig, daß die Budgetkommission hier eine halbe Million eingeseht hat, während nur 100 000 Mk. angefordert waren. Für diese unnütze Kolonialausgabe haben übrigens auch die Sozialdemokraten gestimmt.

Staatssekretär Dr. Solf: Nach unserer Schätzung werden die Untersuchungen darüber, ob die Petroleumausbeutung auf Neu-Guinea lohnt, etwa 200 000 Mk. in Anspruch nehmen. Die Kommission hielt diese Summe für zu gering und setzte 300 000 Mk. ein, die ich im Etat zu gering finde.

Abg. Dr. Pfeiler (Zentr.): Die Sozialdemokraten haben wohl nur mit Rücksicht auf das Petroleummonopol für diese widerwärtige aller Forderungen gestimmt, die je an den Reichstag gestellt wurden. (Präsident Mümpf rügt den Ausdruck „widerwärtig“.)

Abg. Gothein (Wpt.): Die Untersuchung, ob Naturschätze in den Kolonien vorhanden, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kolonialverwaltung. Das Privatkapital interessiert sich für diese Untersuchungen nur, wenn es auch eine Garantie für die Ausbeutung hat, und würde daher dem Reich sehr unangenehme Bedingungen auferlegen.

Abg. Dr. Frank-Wannheim (Soz.): In der Kommission haben die Herren vom Zentrum für den Beschluß gestimmt, den Herr Pfeiler hier so hart angegriffen hat. (Widerpruch i. d. Zit.) Herr Arendt fehlt eben leider in der Kommission. (Abg. Arendt: Ich richte! Weiterkeit.) Denn erst durch seine Behauptung an Meum sind die Herren vom Zentrum auf den richtigen Weg gebracht worden. (Widerpruch i. d. Zit.) Bei unserer Zustimmung zu dem Antrag handelt es sich, wie Herr Arendt meint, um unsere alte Liebe zum Petroleummonopol. Bei ihm handelt es sich, sowohl um die alte wie die neue Liebe für die Interessen des Privatkapitals, und gleichzeitig um die Furcht, das Petroleummonopol könne doch noch zustande kommen. Wir wollen durch unseren Beschluß verhindern, daß die Naturschätze, die sich in den Kolonien finden, durch das Privatkapital ausgebeutet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baasche (Nat.): Vorläufig leben wir noch in der kapitalistischen Gesellschaft und da können wir es dem Privatkapital nicht verübeln, wenn es etwas wollen, aber auch etwas gewinnen will. (Sehr richtig! b. d. Natl.)

Abg. Erzberger (Ztr.): In der Kommission haben Dr. Pfeiler und ich bereits gegen die Bewilligung Stellung genommen. In alle Fälle sollte der Staatssekretär nach Neu-Guinea, nicht nur einen Teil für das Erhöhen von Petroleum sperren. Die Vorarbeiten braucht das Reich keineswegs selbst vornehmen, sondern es kann ja einen Vertrag mit einer Privatgesellschaft schließen.

Staatssekretär Dr. Solf: Die Sperre ist bereits angeordnet. In Verhandlungen mit Privatgesellschaften muß ich wissen, was ich ihnen für Konzessionen geben kann, und das kann ich nur, wenn ich weiß, wie die Petroleumquellen beschaffen sind.

Abg. Dr. Waldstein (Kp.): Die Frage, ob das Petroleum durch Staats- oder Privatbetrieb auszubeuten ist, ist mit der Bestimmung über die anzustellenden Vorarbeiten noch garnicht entschieden.

Abg. Dr. Tietel (Koni): Wir stimmen dem Beschluß der Budgetkommission zu, wir halten es auch garnicht für ausgeschlossen, daß das Reich die Petroleumquellen selbst betreibt. Ueber das, was unkluge Beschlüsse sind, dürfen die Meinungen innerhalb dieser Häuser recht verschieden sein.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Wenn in der dritten Lesung eine Änderung der Position stattfinden sollte, könnte es sich nur um eine Erhöhung der Summe handeln, denn gerade Herr Erzberger hat ja auf Grund seiner Verbindungen mit Petroleumfachverständigen ausgeführt, daß die 500 000 Mk. zu wenig seien. Die Vorlage des Petroleummonopols hat schon die heftigste Folge gehabt, daß die Kolonialverwaltung dem Privatkapital die Ausbeutung der Petroleumquellen in Neu-Guinea aus der Hand genommen hat. Das Zentrum ist eben ein Monopol treibend wie wir, nur mit dem Unterschied, daß es für Privatmonopole schwärmt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Aus aller Welt.

Tragödie einer proletarischen Mutter.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin entrollte in diesen Tagen der Prozeß gegen die 28 jährige Wirtschafterin Auguste Kordex aus Neufußeln wegen Totschlags ein ebenso düsteres wie ergreifendes Bild von den Seelenqualen einer verzängstigten, verzweifelten Mutter.

Die Angeklagte, die Tochter eines kleinen Beamten in Königsberg in Pr., war mit dem Monteur Max Schickedanz ein Liebesverhältnis eingegangen, das nicht ohne Folgen blieb. Als dann Schickedanz nach Berlin fuhr, um dort Stellung zu suchen, mit dem Versprechen, die Kordex später nachkommen zu lassen, folgte ihm diese nach kurzer Zeit auf eigene Faust. Die beiden Leute mußten sich nun auf überste einschränken und gerieten bald, besonders als das Kind zur Welt kam, in große Bedrängnis, da der farge Verdienst des Mannes bei weitem nicht ausreichte. Umsonst versuchte der junge Mann, die junge Mutter zur vorläufigen Rückkehr in die Heimat zu veranlassen, weil sie fürchtete, S. würde sich von ihr losjagen und weil ihre Mutter ihr gesagt hatte, daß sie ohne den Trauschein nicht heimkommen dürfe. Die tägliche Sorge um das Lebensunterhalt stieg. Die Zwistigkeiten mit S. häuften sich, und als gar die Anzeichen eines zweiten Mutterstichs getreten, sagte eines Morgens wieder nach einem Streit mit S. die abgehornte, gequälte junge Mutter den verzweifelten Entschluß, aus dem Leben zu scheiden; das ihr in so kurzer Zeit so viel Trauriges beider hatte. Als der Mann heimkam, fand er die junge bleiche Frau blutüberströmt, bewußtlos, mit der Leiche des Kindes im Arm, auf dem Bette liegend vor. Die Frau hatte in ihrer Verzweiflung ihr Kind mit dem Kopfkissen erstickt und sich dann mit dem Revolver zwei Schüsse in die Schläfe beigebracht, die sie jedoch nur schwer verletzt und der Sehkraft eines Auges beraubt hatten.

Die Geschworenen kamen durch die Schilderung der heimlichen Leiden der Angeklagten zu der Ueberzeugung, daß sie die Verurteilung in vorübergehender Geistesirrtumung verübt habe, und das Schwurgericht sprach die Bedauernswerte frei.

Ein tödlicher „Angriff“ gegen einen Vorgesetzten.

Eine schwere Strafe verhängte das Oberlandesgericht in Thorn nach der „B. B. Ztg.“ gegen den jetzigen Reserve-Regimentsarzt Dr. W. B. gegen den wegen „tödlichen Angriffs“ gegen einen Vorgesetzten zu verantworten hatte. W. B. hatte

Abg. Reinert (natl.) wünscht erhöhten Schutz der Paradiesvögel.

Staatssekretär Dr. Solf: Für die Paradiesvögel ist eine 1/2 jährige Schutzfrist geschaffen.

Abg. Dr. Baasche tritt lebhaft für eine Verlängerung der Schutzfrist ein.

Abg. Noke (Soz.): Ich hätte nur gewünscht, daß Herr Baasche sich gestern mit derselben Wärme für den Schutz und die Erhaltung der Eingeborenen ausgesprochen hätte. Die Verlängerung der Schutzfrist ist um so notwendiger, weil mit der Freigabe der Jagd erfahrungsgemäß auch immer Strafexpeditionen gegen die Eingeborenen verbunden sind. Der Etat wird bewilligt.

Etat für Samoa.

(Berichterstatter Abg. Mumm, Wirtschaftl. Vereinigung.)

Abg. Ledebour (Soz.): Herr Mumm hat als Berichterstatter eine Erhöhung des Etats beantragt; seine Begründung dazu war unverständlich Gemurmel. (Weiterkeit.) Das ganze ist ein sehr ungenügender Vorklang.

Vizepräsident Dr. Baasche: Auch ich habe nicht gehört, was Herr Mumm gesagt hat (Weiterkeit), sonst hätte ich das ebenfalls für unzulässig erklärt.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Wir müssen diesen Antrag danach vorläufig als nichtexistierend betrachten, und abwarten, was Herr Mumm als Abgeordneter tut.

Im Jahre 1912 hat der Reichstag die Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfes erucht, der die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen sowie das Recht der unehelichen Kinder aus solchen Ehen in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt. Dieser Antrag ist mit 203 gegen 133 Stimmen angenommen worden, also mit einer Mehrheit, wie sie sonst nur bei Misstrauensvoten gegen den Reichskanzler vorkommt. (Weiterkeit.) Trotzdem hat der Bundesrat darauf noch nicht geantwortet. (Zurück rechts: Das Misstrauensvotum ist auch nicht beantwortet worden.) Schlimm genug, aber darüber haben wir jetzt nicht zu sprechen, da der Reichskanzler keine Mißhefte mit einer Samoanerin eingegangen ist. (Weiterkeit.) Eine indirekte Antwort des Staatssekretärs, die höchst interessant ist, haben wir übrigens in der Budgetkommission erhalten. Da sagte er, die Richter legten das Gesetz so aus, daß Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen nicht von ihnen als Standesbeamten beurkundet werden dürften, und auf die Einschließungen der Richter habe die Verwaltung keinen Einfluß. Hier hand in doch aber die Richter als Standesbeamte, und da haben sie allerdings den Anordnungen der Verwaltung Folge zu leisten. Dazu kommt, daß der Staatssekretär selbst im Jahre 1912 eine Instruktion an alle Verwaltungsbeamten in Samoa heraus gegeben hat, worin es heißt: Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen sollen nicht kanalisiert sein. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) Im übrigen steht in dem Gesetz vom 4. Mai 1870 über Eheschließungen im Auslande nichts davon, daß Eheschließungen zwischen Weißen und Eingeborenen unzulässig seien. Ein solches Verbot könnte garnicht darin stehen, weil damals unsere Kolonien noch garnicht existierten. Ich frage den Staatssekretär, welches Gesetz die betreffenden Beamten berechtigt, solchen Ehen die Beurkundung zu verweigern. Sollte wirklich eine vieldeutige Bestimmung im Gesetz enthalten sein, so müßte eine authentische Interpretation erfolgen oder das Gesetz geändert werden. Jedenfalls muß der Reichstag des Reichstags beachtet werden. Die Tatsache des Geschlechtsverkehrs zwischen Eingeborenen und Weissen besteht jedenfalls trotz der Stellungnahme der Richter. Die Zahl der weißen Frauen ist noch sehr gering. 372 unverheirateten weißen Männern gegenüber gibt es nur 99 weiße Frauen. Da ist es eine Barbarei, es den Weißen unmöglich zu machen, sich mit einer Farbigen zu verheiraten. Gewiß halten auch wir eine solche Pein nicht gerade für wünschenswert, aber wir stehen hier vor einer Notwendigkeit, und es kommt darauf an, daß der bestehende Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Eingeborenen nicht mit aller Gewalt auf den Zustand eines unregulierten Verkehrs herabgedrückt wird. Die Samoanerinnen sind noch dazu außerordentlich hochstehende Eingeborene, und man will doch gerade die Eingeborenen in den Schutzgebieten auf ein höheres Kulturniveau heben. Da sollte man sie nicht mit Gewalt auf das niedrige Niveau einer misachteten Rasse herunterdrücken. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schütze (Npt.): Ich bezweifle, daß die Standesbeamten verpflichtet sind, zu tun, was ihnen von der Aufsichtsbehörde vorgeschrieben wird. Lebt der Standesbeamte die Born hme einer Handlung ab, so kann er nur vom Gericht dazu angehalten werden, heißt es in einem Gesetz. Daraus folgt, daß die Beamten selbständig zu entscheiden haben.

Abg. Ledebour (Soz.): Daraus, daß ein Standesbeamter zu einer Beurkundung seitens des Beteiligten durch Anrufung

des Gerichts gezwungen werden kann, folgt nicht, daß er nicht in seinem allgemeinen Verhalten als Beamter den Vorschriften seiner vorgesetzten Behörde zu folgen hat. Ich bezweifle nochmals auf die erwähnte Instruktion. Der Staatssekretär hätte sie gar nicht erlassen können, wenn er nicht dadurch auf die Standesbeamten hätte einwirken wollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir müssen verlangen, daß diesem gesetzlichen Umfang des Eheverbots ein für allemal ein Ende gemacht wird.

Staatssekretär Solf: Ich lasse es dahingestellt, wem die Standesbeamten unterstellt sind. Jedenfalls finde ich keinen Richter, der sich nicht nur nach dem Gesetz richtet. Der erwähnte Erlaß war kein Erlaß im gewöhnlichen Sinne. Im Eingang heißt es: „Es erscheint mir die Beobachtung nachstehender Grundzüge geboten, nach denen ich künftig zu verfahren bitte.“ Das ist kein Erlaß. Es handelt sich um allgemeine Richtlinien für die Behandlung der erwähnten Angelegenheit. Die Mehrheit des deutschen Volkes wird wohl mit mir darin unermüdet sein, daß die Mißhefte zwischen Eingeborenen und Weißen unerwünscht sind. Sollten einzelne Vorfälle vorkommen, so müssen die Gouverneure sich damit abfinden, ohne gegen die Befehle zu verstoßen.

Abg. Schulz (Npt.) betont nochmals, daß die Standesbeamten nur durch das Gericht zu bestimmten Amtshandlungen gezwungen werden könnten.

Abg. Ledebour (Soz.): Auf das Brimborium der Einleitung des Erlasses kommt es nicht an. Nachher steht als Punkt 1: „Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen werden nicht mehr geschlossen.“ Das ist ein klares Verbot. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im übrigen sind doch früher etwa 100 Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen in Samoa geschlossen worden von den namentlich Standesbeamten. Ich frage daher den Staatssekretär nochmals, auf welches Gesetz das Verbot sich stützt. Damit schließt die Diskussion.

Abg. Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich stelle fest, daß der Staatssekretär auf meine dreimalige Frage nach der heftigsten Gesetzesbestimmung keine Antwort hat geben können. Die fortwährenden Ausgaben werden bewilligt.

Bei den einmaligen Ausgaben wird ein Antrag des Abg. Mumm (Wirtschaftl. Vg.) angenommen, zum Bau einer Quarantäne-Station 104 000 Mk. zu bewilligen.

Etat für Deutsch-Ostafrika.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Npt.) hebt die Tätigkeit der Regierungsschulen hervor und tritt für eine Hebung der Lage der Lehrer in den Kolonien ein.

Staatssekretär Dr. Solf: Die Befürchtung der Wilttionen, daß durch die Regierungsschulen der Islam gestärkt würde, ist von diesen wohl jetzt ausgehen. Die Tätigkeit der Lehrer in den Kolonien kann ich nur lobend anerkennen.

Abg. von Börsenborff (Koni.) begrüßt den Ausbau des Bahnnetzes, der noch gefördert werden müsse.

Abg. Dr. Arendt: Die Regierungsschulen haben Vortreffliches geleistet; schon mit Rücksicht auf den Islam müssen sie ausrecht erhalten werden. Vor allem ist auch für genügenden Unterricht der Kinder der weißen Pflanzler Sorge zu tragen. Ernstlich muß auch geprüft werden, ob nicht die deutsche Währung in Ostafrika endlich einzuführen ist. Der Ausbau des Hafens von Dar-es-Salaam sollte beschleunigt werden.

Abg. Ledebour (Soz.) In der heutigen Sitzung der Budgetkommission hat der Staatssekretär Versicherungen getan, die unsere Stellungnahme gegen den Bahnbau nur verstärken können. Er hat nämlich darauf hingewiesen, daß die Eingeborenen in dem betreffenden Gebiet nicht durch friedliche Durchdringung des Gebietes gewonnen, sondern unterjocht werden sollen. Umform mehr werden wir gegen diese Unterjochungsbahn stimmen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr. (Vorher: Kleine Vorlagen.)

Preussisches Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung: Mittwoch, den 11. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Eybow.

Abg. Brühl (Freilon.) protestiert vor Eintritt in die Tagesordnung dagegen, daß Abgeordneter Dr. Schifferer (Natl.) entgegen dem Brauch des Hauses leghin unter Namensnennung eine Neuerung Brülls aus der Budget-Kommission zitiert und überdies das Stenogramm Schifferers geänbert hat. (Hört, hört! rechts.)

Der Bergwerks-Etat. — (Einnahmen).

Abg. Hue (Soz.) verlangt entgegen der gestrigen Erklärung des Oberbergshauptmanns eine Beteiligung des Fiskus am Braunkohlenbergbau, damit die ausländischen Spekulant nicht über-

los betrunken gewesen! Ein anderer Zeuge meint freilich, der Beamte sei nüchtern gewesen. Von den Beamten war niemand angeklagt.

Zwei neue Todesopfer der englischen Militäraviation.

Von einem neuen tödlichen Unfall innerhalb zweier Tage ist die englische Militäraviation betroffen worden. Fast auf derselben Stelle, wo Dienstag der tödliche Absturz des Hauptmanns Downer erfolgte, stürzte am Mittwoch auf dem Flugfelde von Salisbury Hauptmann Allen mit dem Leutnant Burroughs als Passagier ab. Beide Flieger waren auf der Stelle tot.

Ein riesiges Schadenfeuer.

Nach funktentelegraphischen Meldungen aus dem Hafen Ceiba im Staate Honduras wütet dort ein riesiges Feuer. Zur Zeit der Absendung der Meldung waren 23 Häuserblocks der Stadt zerstört. Andere sind vom dem gleichen Schicksal bedroht.

Die Hochwassergefahr.

Auf der im Bau befindlichen Kleinbahnstrecke Dierburg-Brehler bei Halle stürzte eine Lokomotive um, da das Hochwasser die Schienen unterspült hatte. Der Bautechniker Lueder wurde hierbei getötet, der Lokomotivführer, der Feizer und drei Techniker sind schwer verletzt worden. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht.

Der Rhein steigt weiter; seit Dienstag ist er bei Mainz um 50 Zentimeter gestiegen. Das Wasser rückt merklich gegen die Lagerhäuser am Hafen und gegen die Hafensbahn vor. Auch bei Köln steigt der Rhein fortgesetzt.

Im Ruhrgebiet heißt das Hochwasser bereits den Uferand der Hafeneingänge, so daß beschränkt werden muß, daß die gesamten Ladepfähle unter Wasser gesetzt werden. Damit würde die Einfuhrung des Umschlagverkehres und die Sperrung der tiefer gelegenen Ripper verbunden sein, was bisher noch nie der Fall war. Auch aus Baden kommende Meldungen weisen von großen Verheerungen zu berichten, die das Hochwasser in den Gebirgsgegenden angerichtet hat.

Der große Damm beim Diegoldsauer Rhein durchschneidet zwischen St. Gallen und Worarlbera (Schweiz) ist vollständig

das letzte Manöver als Man mitgemacht. Als er eines Abends etwas angetrunken in den Stall kam, ärgerte er sich darüber, daß sein Unteroffizier ihm die Tede fortgenommen und sich darin eingewickelt hatte. Ein Versuch, sein Eigentum zurück zu erhalten, scheiterte an dem Widerstand des schlaftrunkenen Vorgesetzten. Er holte einen Kübel kalten Wassers und goß es nach der Kopfgegend des Schlafenden, traf aber einen danebenliegenden ganz unkludigen Sergeanten. Das Kriegsgericht erblickte in dem dummen Streich nur eine tätzliche „Beleidigung“ eines Vorgesetzten und erkannte auf sechs Wochen Mittelarrest. Gegen dieses Urteil hatte der Gerichtsverf. Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht sah in dem Benehmen des Angeklagten einen tädlichen Angriff gegen einen Vorgesetzten und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. Das Urteil trifft den Angeklagten um so härter, als er sich erst kürzlich verheiratet hat.

Der Generalmajor in Reife hatte bekanntlich seine beiden schlafenden Vurchen mit kaltem Wasser begossen, um sie wach zu machen. War das nun ein tädlicher Angriff eines Vorgesetzten gegen einen Untergebenen? Wird jener dafür bestraft werden? — Militärjustiz!

Mit 25 Jahren schon zu alt.

Ein Leser schreibt dem „Vorwärts“: „Ich wurde am 14. Februar und am letzten Montag beim Kaiserlichen Telephonbauamt in Berlin wegen Arbeit vorzeitig; beide Male wurde ich nach meinem Alter gefragt. Ich antwortete: 25 Jahre. Da wurde mir gesagt: Ja, dann sind Sie leider für unseren Betrieb zu alt!“

Mit 25 Jahren zu alt! Ich habe zwei Jahre bei der Infanterie gedient, eine Übung gemacht und habe das Recht, im Kriegsdienst als Kanonenfutter zu dienen; da ist man mit 25 Jahren das beste Material!“

Schutz vor Schußleuten.

Im August vorigen Jahres kam es in Ziffit in der Nacht zwischen dem Polizeikommissar Schütz, mehreren Wächtern und einer Menschenmenge zu einem Zusammenstoß, wobei die Beamten mit blanker Waffe auf die Menge einschlugen. Angeklagt waren jetzt Personen, die sich an den Vorgängen beteiligt hatten. Ein Angeklagter wurde vom Schöffengericht zu neun Monaten, zwei wurden zu je sechs Wochen, einer wurde zu zwei Wochen Gefängnis und einer zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Guttempler jagte unter seinem Eide aus, der Polizeikommissar sei sinn-

mäßig werden. Der Braunkohlenbergbau ist überdies rentabel und bedarf einer Verbesserung. Gestern haben mehrere Medner den Staatsbergbau als unrentabel erklärt. Nun beträgt der Ueberflus des Staatsbergbaues roh über 48 Millionen Mark und rein 18 Millionen. Die Verzinsung des staatlichen Anlagenskapitals beträgt 7 1/2 Prozent. Wenn das rentabel ist, dann kann man sich denken, wie hoch die unbekanntenen Renten der privaten Bergwerksbesitzer sein müssen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Die Behauptung, daß der Staatsbergbau zu sehr ausgedehnt werde, ist schon dadurch als unrichtig nachgewiesen, daß der Anteil des Fiskus an der Gesamtförderung in Preußen, Sachsen und Bayern seit 1881 von 17,88 auf 13,77 Prozent zurückgegangen ist. Durch die Erwerbung der „Oberberg“ würde der Staat einen großen Einfluß auf die Preisgestaltung der Ruhrkohlen gewinnen, aber das ist für die Privatkapitalisten und deshalb hat der Landtag auch seinerzeit diese Vorlage abgelehnt. Der Staatsbergbau würde noch viel rentabler sein, wenn der Staat nicht die Felder, die er lemerzeit den Privatkapitalisten überlassen hat, jetzt zu Anpflanzungen zurückzuführen würde. Ein Beispiel dafür ist der Ankauf der staatlichen Kaliberwerke in Westfalen, wo die Besitzer für 2170 Mark Einzahlung 18650 Mark Ausbeute erhalten haben, der Staat ihnen aber noch 30 Millionen für das Bergwerk bezahlte! Bei ihnen Grubenkäufen in Westfalen wurden dem Staat Gelder verkauft, auf denen sich der Ankauf infolge schlechter Verhältnisse besonders kostspielig gestaltete. Immerhin beträgt der Betriebsüberschuss der staatlichen Kaliberwerke pro Tonne 1,82 Mark gegen 1,18 Mark bei den Privatkapitalisten und diese haben noch für das Rechnungsjahr 1918 bis zu 40 % Dividende verteilt. Dabei deckt der Staat Erweiterungen und Verstellungen, die geologische Landesanstalt, die Berginspektion und die Bergschulen, von denen auch die Privatunternehmer profitieren, aus den Betriebsergebnissen, während die Privatwerke das aus Anleihen tun. Der Staat macht sich auch alle technischen Erfindungen zu Nutze und stellt Versuche an, um die Unfallgefahr zu vermindern. Trotzdem hatte er in Oberberg eine Ausbeute von 26 %, selbst in den ungünstigen Verhältnissen im Oberberg eine solche von 15 % und im Kaliberberg einen Ueberflus von 3900 Mark pro Arbeiter! Die Arbeitsleistung im Saargebiet ist um 20 %, der Arbeitslohn nur um 6,6 % seit 3 Jahren gesunken. Also der Staat läßt es auch an Ausnutzung der Arbeitskraft nicht fehlen. Dringend warne ich davor, die Rentabilität der Staatsbergwerke nicht dadurch zu vermindern, daß man ihr Kapital mit dem eines kapitalistischen Syndikats verknüpft, indem man den Fiskus, wie es leider geschieht, zu einer Verminderung seiner Forderungen an das Kohlenyndikat im Falle seiner Beteiligung veranlaßt. Die Spuren des Kapitalismus sollten doch schreien! Durch die kolossale Vermehrung der Kaliberwerke ohne Rücksicht auf Bedarf und Abfall ist die Kaliberindustrie in eine schwere Krise gedrückt worden. Wir haben i. Z. beim Reichstagsrat die Antrag gestellt, die Errichtung neuer Werke vom Bedürfnis abhängig zu machen. Das wurde abgelehnt, im Syndikat hat der Staat sein Vetorecht nicht geübt und das ist jetzt die Folge. Weiterhin die Regierung, die geplanten Stilllegungen von Anlagen, dann wird die Stilllegung von Kohlenwerken fortgeschritten und das Maß der Stilllegung von Kohlenyndikat hat seine Aufgabe, daß Förderung und Bedarf mit einander übereinstimmen, wegen des steigenden Profitschreibens nicht lösen können. Trotz Feierlichkeiten und Magagnüberfüllung werden neue Anzeigungen angelegt und Zehntausende fremder Arbeiter herbeigeschleppt. Das Unhaltbare dieser Zustände wird aber immer mehr eingesehen, und selbst Adolf Wagner hat weitgehende Verstaatlichung verlangt. Der Staatssozialismus mathematisch (Vorb. Weisfall b. d. Bog.)

Abg. von Wappenheim (Fonl.): Wir fordern im Interesse unserer Volkswirtschaft dringend die Neubildung des Kohlenyndikats, besonders auch — das betone ich den Ausführungen des Abg. Gué gegenüber — im Interesse unserer Arbeiter, denen ihr Einkommen gesichert werden muß. Wir mahnen die Regierung an ihr feierliches Versprechen, durch welches sie sich selber verpflichtet, an der Revivierung des Kohlenyndikats mitzuwirken. Dabei darf sie nicht in kleinlicher Weise die Sonderinteressen des staatlichen Bergbaues wahrnehmen, sondern das Allgemeinwohl ins Auge fassen. Sie muß sich gleich den Uebrigen an dem Syndikat beteiligen zur Tragung von Opfern bereit finden und darf sich nicht hinter angeblichen Hoheitsrechten verziehen. Was die Produktion unserer Bergbaues anbelangt, so brauchen wir — das habe ich mit Rücksicht auf unsere Handelsverträge hervor — auf das Ausland keine Rücksicht zu nehmen, ja, die Regierung hat die Aufgabe, die deutschen Interessen nachdrücklich und rücksichtslos dem Ausland gegenüber zu vertreten, damit das Uebergewicht unserer Kohlenproduktion bei der Entwicklung unseres Exports in zutreffender Weise zum Ausdruck gelangt. (Weisfall rechts u. b. d. M.) Die Folgerungen, zu denen der sozialdemokratische Medner gemäß seinen Parteigrundsätzen in Bezug auf den Bergbau gelangt ist, sind natürlich von unseren Folgerungen weitlich verschieden. Aber ich erkenne ausdrücklich an, daß er im Unterschied zu den anderen Vertretern seiner Partei mit großer Sachlichkeit und Sachkenntnis ge-

auf eine Länge von 300 Meter gänzlich eingesunken. Die Durchsichtarbeiten erleiden dadurch eine starke Verzögerung.

Eine neue automatische Kuppelung für Eisenbahnwagen — in Frankreich. Die Budgetkommission der französischen Kammer hat einen Kredit von sechs Millionen Franken zur Einführung einer neuen automatischen Kuppelung für Eisenbahnwagen genehmigt. Es sollen hauptsächlich mit dieser Kuppelung diejenigen Wagen versehen werden, die im internationalen Verkehr laufen. Die mit dieser Kuppelung bereits angefertigten Versuche haben ein zufriedenstellendes Resultat ergeben. Die Hauptschwierigkeit bei der Konstruktion bestand darin, einen Typ zu finden, der sich ohne Schwierigkeiten auch ausländischen Wagen, besonders des internationalen Durchgangsverkehrs nach Deutschland und der Schweiz anpassen vermag.

Wie es mit Preußen in dieser Frage steht? D, wir haben Zeit. Nur immer langsam voran. So lange es nicht an Menschen mangelt, die sich zwischen Büffern beim Rangieren totquälen lassen, so lang werden sich preussische Eisenbahnminister vor solchen Ausgaben drücken. Für derartige Ausgaben haben wir kein Geld.

Wichtige Bellame. In der Nacht zum Mittwoch ist das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg am Luisenplatz dadurch beschädigt worden, daß auf den die Plattform umrahmenden Marmorbänken und dem Sockel des Denkmals mit roter Farbe die Worte gepinselt wurden „Kote Wache“. Sie konnten erst nach vieler Mühe entfernt werden. Der Polizeipräsident legte auf die Ergreifung der Täter eine Befolgung von tausend Mark aus.

Langen als Kinderabrechnung. Die Zeitung des bekannten Sanderger Vergnügungstablissements „Conventgarten“ veranlaßte vor einiger Zeit, als der Langen noch in seiner Jugendzeit, einen „Langoabend“, der sich lehrhaften Besuches erfreute. In den Reihen traten kleine Mädchen in historischen Trägen auf, die von der Langenmeisterin bewacht werden waren. Diese Darstellungen fanden in Dampfer Blättern viel Beifall. Unter Bezeichnung des „Hamburger Echo“, vermach jedoch eine solche Kritik, die lobend gehalten war, mit folgendem Kommentar: „Schwerhörigkeit verlangen wir auch nicht, daß die „Hamburger Echo“ die Darstellungen so begreifen, wie wir sie nicht verstehen. Aber wenn man, um den „Reiz“ dieses wüsten Langenabends zu erhöhen, in den Reihen kleine Kinder tanzen läßt, dann ist doch wohl die Frage erlaubt, was dazu die Behörde für Jugendbeschützer sagt.“ In der Folge tritt denn auch die Polizei der Angelegenheit auf und es entwickelte sich ein Strafverfahren gegen den Leiter des „Conventgartens“ Hermann Stähler, der im Langen-Abend, die sich wegen Uebertretung der Bestimmungen betr. die Beschäftigung von Kindern zu gewöhnlichen

proben hat, so daß es und möglich ist, darauf einzugehen und sich mit ihm auszuhandeln. Die Ueberfälle, die der Abg. Gué für die staatlichen Bergbaubetriebe herausgerechnet hat, sind bei weitem nicht so hoch. Selber hat es die Vergütung b. s. jetzt verabsäumt, Angaben über den wirklichen Wert des staatlichen Bergwerkbesitzes zu veröffentlichen.

Es ist ein Antrag von Dr. (Fonl.) eingegangen, der die Regierung ersucht, eine Reform der des Bergschadenrecht regierenden gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen und zu diesem Zwecke eine Kommission einzusetzen.

Minister Dr. Ebdow entgegnet zunächst auf einige Angriffe des Abg. v. Wappenheim (Fonl.). Von dem Ankauf von Braunkohlenfeldern durch den Fiskus muß vorläufig Abstand genommen werden. Was die Frage des Kohlenyndikats betrifft, so hat der Abg. v. Wappenheim mit Recht gesagt, daß man seine Karten erst dann aufdeckt, wenn man das Spiel gewonnen hat. Das mache ich auch mir zu eigen. Ich werde mich auf einige Anmerkungen beschränken müssen. Der Abg. v. Wappenheim hat behauptet, die Regierung habe sich durch ein feierliches Versprechen verpflichtet, die Erneuerung des Kohlenyndikats in die Wege zu leiten. Es ist nicht zutreffend, von einem feierlichen Versprechen zu reden. Es gilt, dem Staate einen Einfluß auf die Maßnahmen des Syndikats zu sichern. An der Spitze der zu dem Syndikat gehörigen Betriebe stehen sehr geschickte, geschäftstüchtige Leute, mit denen es nicht leicht ist zu verhandeln. (Weiterkeit). Ihnen gegenüber habe ich die staatlichen Interessen durchzusetzen. Dadurch daß ich hier, wie es vorhin geschehen ist, gemahnt werde, dort um himmelswillen der Bildung des Syndikats nichts in den Weg zu legen, wird meine Stellung ungemein erschwert. (Lebhaft. Weisfall.)

Abg. Tournau (Fonl.): Das Kaliberwerk hat seine Bestimmung erfüllt. Zu beklagen ist freilich daß die Stilllegung der Kaliberwerke durch das Kaliberyndikat Arbeiterentlassungen zur Folge haben kann. Die Regierung muß mehr für den Absatz der Kaliber im In- und Auslande tun.

Abg. Hasenclever (Fonl.): Der Abg. Gué hat hier wieder die bekannte alte sozialdemokratische Forderung der Verstaatlichung des Bergbaues vorgebracht. Aber eines war mir neu in seinen Ausführungen: die Behauptung, daß die Arbeiter kein Interesse an dem Kohlenyndikat haben, ja, daß sie diesem ablehnend gegenüber stehen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß der bedeutame wirtschaftliche Wert des Kohlenyndikats besteht, sowohl in der Gleichartigkeit der Kohlenproduktion, die von ihm erzielt wird, als auch damit zusammenhängend in der Stetigkeit und Sicherheit der Lohnverhältnisse. Wenn die sozialdemokratische Partei jene Ausführungen des Abg. Gué in Weisfallen verwerft, so wird mir gar nicht lange sein um das Ergebnis der zukünftigen Wahlen. Der größte Teil der Arbeiterklasse ist mit den Maßnahmen des Kohlenyndikats zufrieden. Freilich, eine Wohlstandssteigerung ist das Syndikat nicht. Die Steigerung der Kohlenpreise war durch die Steigerung der Produktionspreise notwendig geworden. Den Ausführungen des Ministers kann ich nicht beistimmen.

Auf die Anfrage eines Zentrumsabgeordneten erklärt der Minister, daß nach Erwägungen darüber schweben, ob in Dören die Anlage eines Braunkohlenbergwerkes genehmigt werden wird.

Abg. Münsterberg (Fonl.) trägt einzelne Wünsche der Vereinigung vor. Vermehrung der Einschlüssen von Tieren und Pflanzen von wissenschaftlichen Werte dürfen nicht zu Spekulationszwecken gemißbraucht werden.

Oberbergshauptmann v. Welfen berichtet Berücksichtigung dieser Wünsche.

Damit schließt die Besprechung.

Abg. v. Wappenheim (Fonl.) bemerkt persönlich daß er den Minister nicht „gekränkt“ habe.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Darauf wendet sich die Besprechung den Beamten- und Gehaltsfragen zu.

Abg. Drift (Fonl.) bringt einige Lohnforderungen der Beamten und Arbeiter vor. Ich bin grundsätzlicher Gegner des Prämienwesens, aber es dient, da es besteht, zu einer angemessenen Erhöhung des Einkommens.

Abg. Gué (Fonl.): Ich begrüße die Beurteilung des Prämienwesens durch den Redner. Da die Prämien aber vorläufig bestehen und zur Erhöhung des Einkommens dienen, so ist es erfreulich, daß in dem Etat ein größerer Betrag für Prämien ausgesetzt worden ist. Aber noch erfreulicher wäre es, wenn man das Prämienystem gänzlich beseitigte und, den Forderungen der Angestellten entsprechend, höhere Gehälter zahlte. Das Prämienystem der Steiger ist schuld an den zahlreichen Unglücksfällen. Der Steigerverband hat sich in einer Petition an die Regierung mit einer Reihe von Wünschen gewendet und ich bitte den Minister, diese Wünsche wohlwollend zu berücksichtigen. Ferner habe ich für eine Reform des Berggewergerichts einzutreten. Vor allem muß eine Verringerung des gegenwärtig geltenden Wahlsystems vorgenommen werden. Es geht auch nicht an, Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre bei den Berggewergerichten zurückzuweisen, während die Zeichenbeamten des

Zwecken zu verantworten hatten. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht beantragte der Verteidiger die Freisprechung seiner Mandanten, da die Kinder nur „zu ihrem Veranlassen gelangt“ hätten, also von einer gewerkschaftlichen Beschäftigung nicht die Rede sein könne. Der Gerichtshof stellte sich jedoch auf den entgegengeetzten Standpunkt, erkannte aber in Anbetracht der ganzen Sachlage nur auf eine Geldstrafe von je — fünf Mark!

Ob eine derartige „Strafe“ den reichen Besitzer von weiteren Uebertretungen abhalten wird? Wir bezweifeln es.

Ein Pfarrer wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt. In Dessau wurde am Mittwoch der Pfarrer Saardt aus Alleden wegen eines an einem sechsjährigen Mädchen begangenen Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Saardt ist 51 Jahre alt und Vater zweier Kinder.

Hydra. Nach einer amtlichen Meldung aus Madagaskar hat ein Zyklon in der Nacht vom 2. zum 3. d. M. im Nordosten der Insel großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Gebäude in Tamatave sind beschädigt, viele Dörfer der Eingeborenen wurden unmauerbar, mehrere Fahrzeuge kenterten. Bei einer Ueberschwemmung ertranken 16 Eingeborene. Von den Weibern ist niemand zu Schaden gekommen.

Eine ganze Ortschaft eingeschert. Die Driehaft Strein bei Stein am Anger ist vollständig niedergebrannt. Der angerichtete Schaden ist bedeutend.

Ein Opfer seines Berufes. Wie aus Bismarck gemeldet wird, ist dort einer der Ingenieure des Dampfer „Olympic“ namens Costley am Dienstag an dem Folgen eines Unfalles, den er sich am letzten Sonntagabend in dem Kohlenraum des Schiffes zugezogen hatte, gestorben. Er erlitt nämlich einen Schädeldbruch. Nach 39 Stunden nach dem Unfall hat der Bedauerwerte gelebt. Die Passagiere des Dampfers hatten eine Sammlung aus Anlass der Hinterbliebenen veranstaltet, die einen Betrag von 1600 M. ergab.

Literatur.

Mittel zur Schwangerschafts-Prüfung von Prof. G. Hardy. Ein 104 Seiten starker Band mit 29 Illustrationen. Preis 1,50 M., postfrei 1,60 M. Das Werk führt in der Einleitung die sozialen, familiären und individuellen Gründe an, welche für die Veredelung der Menschheit durch eine Beschränkung der Geburten sprechen. Nach einer einfach gehaltenen und dennoch genauen Beschreibung der männlichen und weiblichen Genitalien und ihrer Funktion erklärt der Verfasser in der schlichten Weise alle praktischen Mittel und Wege, welche es beiden Gatten erlauben, die Schwangerschaft zu vermeiden. In bezug auf die Erprobung der „Vollmacht“ und vom Verfasser, Dr. Fues Hirsch, konst.

Unternehmers jederzeit zugelassen werden. Auch diese Wünsche möge man wohlwollend berücksichtigen. Schließlich mache ich den Minister darauf aufmerksam, daß die Vorliegenden — ich will sagen: manche Vorliegenden der Gewergerichte die tagenden Mitglieder von oben herab schaff, ja höhnisch behandeln und ihnen juristische Schikane in den Weg legen. Das ist nicht im Sinne des Gesetzgebers und nicht im Interesse des Gerichtes. (Weisfall bei den Geg.)

Abg. Hasenclever (Fonl.): Mit der Eingabe des Steigerverbandes sind wir nicht einverstanden. Wir haben das volle Vertrauen zu den Berggewergerichten. Fälle von Schroffer Behandlung der Arbeiter durch die Vorliegenden halte ich für ausgeschlossen.

Abg. Gué (Fonl.): Daß sich der Abg. Hasenclever mit der Eingabe des Steigerverbandes nicht einverstanden erklären würde, war vorauszusetzen. In der Tat wendet sich diese Eingabe auch gegen die Partei, die der Abg. Hasenclever vertritt.

Abg. Imbusch (Fonl.) fordert gleichfalls eine Reform der Berggewergerichte.

Beim Kapitel „Lohnfrage“ wendet sich Abg. Imbusch (Fonl.) entschieden gegen eine Herabsetzung der Löhne der Arbeiter. Die Arbeiter, die um so weniger begründet sei, als sich die Leistungen der Arbeiter gehoben hätten. Aus dem Saarrevier kommen zahlreiche Klagen über Entlassungen und Lohnreduzierungen, die nicht gerechtfertigt sind. Der Etat ist so günstig, daß eine Lohnerhöhung durchführbar ist.

Oberbergshauptmann v. Welfen: Seit Jahren sind die Löhne beständig gestiegen. Entlassungen werden nur dann vorgenommen, wenn es zur Aufrechterhaltung der Disziplin erforderlich ist.

Nach der Tagesordnung kommt Abg. Dr. Schifferer (Fonl.) auf die zu Beginn der Sitzung vom Abg. Brütt abgegebene Erklärung zurück und betont, daß er dem Abg. Brütt schon in der Kommission angekündigt habe, daß er die Bemerkung des Abg. Brütt über die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit der Stadt Biel für die Provinz Schleswig-Holstein im Plenum zur Sprache bringen werde. Ein Verstoß falle ihm daher nicht zur Last.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen zwischen den Abg. Brütt und Dr. Schifferer, die aber vom Vorsitzenden Bizepräsidenten Dr. v. Krause für nicht persönlich erklärt werden, verlag das Haus die Weiterberatung des Bergetats auf Freitag 11 Uhr.

Im Namen der Menschheit!

Am 25. November 1918 vereinigten sich 500 der besten Vertreter des europäischen Kulturvolkes zu einem Protest gegen die fortgesetzten Greuel in den russischen Gefängnissen. Die Presse sämtlicher Kulturländer druckte diesen Protest ab, und aus den fernsten Winkeln Sibiriens, aus Sibirien und Verbannungsorten kam als Widerhall auf diese Hilfsschreie die Nachricht über neubelebte Hoffnungen der politischen Gefangenen Russlands.

Es blieb nicht bei diesem Protest allein. In Oesterreich und Frankreich, wo bereits früher Hilfsvereine bestanden, setzte eine lebhaftere Werbearbeit ein. In Holland, in der Schweiz und in Deutschland entstanden Vereinigungen, die die Ziele des Aufrufs vom 25. November in Wirklichkeit umzusetzen bestrebt sind. Als die Vertreter dieser Bestrebungen in Deutschland trafen wir heute an die Öffentlichkeit, um in enger Verbindung mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes den politischen Gefangenen Russlands moralische und materielle Hilfe zu bringen.

„Es ist“ — schreiben vor einiger Zeit die politischen Gefangenen aus einigen russischen Kertern — „die verächtliche Selbstsucht, die menschlich macht, es ist die feige Gleichgültigkeit derer, die die kleinste Mühe scheuen, es ist die ganze Stummheit der öffentlichen Meinung, die uns zur Hoffnungslosigkeit, Entmutigung und Verzweiflung getrieben haben.“ Diese Anklagen der lebendigen Begabenen, die diese Scham in allen menschlich fühlenden nachzusehen müssen, dürfen nicht mehr erliden. Es ist hohe Zeit, daß Selbstsucht und Gleichgültigkeit verstummen, es ist hohe Zeit, daß die Kulturwelt wieder — wie ehemals — sich auf ihre Pflichten gegen die Opfer eines rückwärtigen, gewalttätigen Regierungssystems besinn!

Nichts wäre verderblicher, als dieser heiligen Aufgabe des wahren Menschentums das Argument der „Nähekenntnis“ entgegenzusetzen. Nichts wäre gefährlicher, als dieser keinen Aufschub duldenen Wirksamkeit mit dem Einwand zu begegnen, das Ausland könne und dürfe den politischen Gefangenen des Parisismus keine Hilfe bringen. Nein und tausendmal nein! Das Ausland kann — wenn es nur will — wertvolle Hilfe leisten, um die Ausbreitungen der russischen Gefangenenbeamten zu zügeln, es kann die Leiden der politischen Gefangenen lindern, das haben zahlreiche Fälle aus der Vergangenheit bewiesen! Das Ausland muß diese Pflicht erfüllen — wenn es gegenüber einer immer höher anschwellenden Woge der Unmenschlichkeit die heiligsten Grundsätze der Menschlichkeit nach Kräften wahren will!

So appellieren wir hiermit an alle aufrechten deutschen Männer und Frauen, ohne Unterschied der Parteien, unsere Bestrebungen in jeder ihnen zugänglichen Art zu unterstützen. Wir appellieren im Namen der Menschheit an das Rechtsgefühl und die Humanität des deutschen Volkes, denn nie ward der Name Mensch so geschändet, wie in diesen Tagen des zwanzigsten Jahrhunderts durch die Missetaten in den Kertern und Verbannungsorten des russischen Reiches!

Der Vorstand des Deutschen Hilfsvereins für die politischen Gefangenen und Verbanneten Russlands.

Mirna Bauer (Vorstands), H. S. Witt (Schriftführer), Eduard Fuchs (Schriftführer), Hugo Simon (Schatmeister), Graf Georg von Arco, Bernhard, Kampffmeier, Dr. Alfred Kerr, Räte Kollwitz, Pfarrer Rithod-Stahn, Rittmeister a. D. v. Lepper-Dastl.

Dem Beirat des Deutschen Hilfsvereins sind beigetreten:

Professor Dr. A. von Arnim, München, Eduard Bernheim, Dr. H. R., Professor Dr. A. Laschko, Grunewald, Archidiatomus A. Brausewetter, Danzig, Sokrat Professor Dr. Lujo Brentano, München, Dr. Oskar Sohn, Dr. H. R., Richard Dehmke, Blankensee, Professor Dr. E. Dorn, München, Gebwig Dohm, Berlin, Verlagsbuchhändler S. Fischer, Berlin, Dr. Ludwig Fulda, Berlin, Hellmuth von Gerlach, Berlin, Stadtoberordner Karl Goldschmidt, Berlin, Stadtvorordner Hugo Selmann, Berlin, Anselma Heine, Berlin, Dr. Th. Heuß, Heilbronn, Pfarrer Dr. Jehn, Dr. H. R., Justizrat J. Holz, Berlin, Professor Dr. J. Jaffrow, Charlottenburg, Dr. Karl Klein, Dr. H. R., Dr. Ernst Meißner, Breslau, Professor Dr. Bruno Meyer, Berlin, Eberhard Freyher von Münchhausen, Sals bei Köhren, Professor Dr. Neumann-Hofer, Dr. H. R., Professor Dr. Rippold, Oberursel, Professor Dr. Wilhelm Orwald, Groß-Rotheln, Dr. F. Poppenberg, Charlottenburg, Dr. Heinz Rothhoff, Düsseldorf, Professor Dr. Gustav Rabbrück, Heidelberg, Johann Cossenbach, Berlin, Professor Dr. Walbert Schilling, Marburg, Gehobener Justizrat Timmsdorfer, Berlin, Professor Dr. Ferdinand Tönnies, Götting, Dr. Theol. Traub, Dr. H. R., Berlin, Pfarrer Dr. Umfried, Stuttgart, Clara Wiebig, Heilendorf.

Beitritts-Erklärungen und Anfragen sind zu richten an den Schriftführer des Vereins, Herrn H. S. Witt, Wannsee bei Berlin, Bismarckstraße 26.

Kufeké - Kinder-Nahrung
Kostlos
Das Kind gesunde
verfügen dabei
u. leiden nicht an
Verdauungsstörungen.